

Mecklenburger
Schwerin

ZC 113

Mkl.-Land

Postvertriebsstück
2F8971D
Mecklb. Landesbibliothek
Am Dom 2
0-2750 Schwerin
Mkltgelt bez
A156

MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 4. Jahrgang · Nr. 7/8 · 19. Februar 1993 · 1,50 DM

2F 8971C

Interview: Gollert Seite 2	Die soziale Hängematte Seite 4	Kalenderblatt: Weiße Rose Seite 6	Tom Cole in Hamburg Seite 7	Autobahn- Gebühren Seite 8	Up platt: In Tesdörp Seite 9
--	--	---	---	--	--

Alles Banane

Spätestens als Otto Schily am Abend der ersten und letzten freien Volkskammerwahl im März 1990 uns Ostlern via Television eine gelbe Tropenfrucht unter die Nase hielt und auf den Gabentisch legte, wußten wir, wer wir sind: Ein Volk, das nach Bananen strebt. Um der schönen billigen Bananen hätten wir im Osten die hehren Ideen des Herbstes 1989 verraten. Ein trefflich zynischer Vorwurf, der zu anhaltenden Vorurteilen in Deutschland nicht unwesentlich beitrug. Doch seit Ende letzter Woche können wir im Osten aufatmen, endlich wissen wir es besser. Wir sind ein einzig Volk, in der Vorliebe für das billige Obst. Nur hat der westliche Teil dieses Volkes die besonders preiswerte Dollar-Banane schon 1957 gewählt bzw. durch Konrad Adenauer in einem europäischen Vertrag festschreiben lassen.

1993 aber war die Geduld der Nachbarn im Hause Europa mit dem deutschen Sonderstatus zu Ende, hat man doch selber Bananen anzubieten, kleiner, aber teurer. Ein schönes Beispiel für die Sinnhaftigkeit europäischer Agrarpolitik. Von nun an wird die Banane soviel kosten wie zu Honeckers Zeiten, - vier Mark das Kilo. Nach der Erhöhung des Benzinpreises ein zweiter Schritt zur Angleichung der Lebensverhältnisse. Es bleibt nur zu hoffen, daß jetzt nicht noch in abgefeimten Redaktionsstuben die Legende von der Bananenlüge gestrickt wird, mit der man den Osten gekauft habe. Schließlich hatten wir ja fast drei Jahre gut davon. Möglich aber scheint alles und so haben sich auch schon führende Marktwirtschaftler aufgemacht, um vor dem europäischen Gericht für die Billigbanane zu streiten. Welch ein Einsatz für das Volk, das sich nach Bananen so verzehrt.

Sind wir deswegen eine Bananenrepublik? In einer solchen Republik werden Politiker nicht durch politische Überzeugungen und demokratische Willensfindung geleitet, sondern sind abhängig von im Hintergrund bleibenden wirtschaftlichen Interessen. Die Staaten Mittelamerikas haben mit ihrer Bananewirtschaft dafür den Namen geprägt, exotisch und unvorstellbar für deutsche ordentliche Lande. Jahrelang hat man in Deutschland mit unverhohlener Arroganz auf die Verquickung von Geld, Verbrechen und Politik in Italien geblickt. Man war irritiert, wie in Japan Politiker ungeniert Politik zum eigenen Vorteil und den ihrer unmittelbaren Wähler betrieben. Immer in der Meinung uns in Deutschland betrifft es ja nicht, bei uns ziehe alles wohlgeordnete demokratische Bahnen. Bei uns ist der Souverän der Wähler nicht der schändliche Mammon. Was wir aber in den letzten Wochen und Monaten aus den verschiedenen Zentren der Politik dieser Republik

hören, läßt befürchten, daß wir jenen so befremdlichen Zuständen nun selber bedenklich nahe gekommen sind. Denn hier handelt es sich nicht um ein paar schwarze Schafe, die es überall gibt, sondern ein großer Teil der politischen Führung meint, daß sie an sich selbst großzügigere Maßstäbe anlegen dürfe als bei dem Normalbürger.

In Bayern scheint es bei Spitzenpolitikern zum guten Ton zu gehören, sich von Wirtschaftsunternehmen aushalten, Ferienaufenthalte und -fahrten bezahlen zu lassen in der festen Überzeugung, sie seien in ihren politischen Entscheidungen nicht beeinflussbar.

Im Saarland wird Spitzenpolitikern eine zu große Nähe zum Rotlichtmilieu vorgeworfen. Natürlich folgt die Erklärung auf dem Fuße, sie wären nicht erpreßbar. Da werden in Mecklenburg-Vorpommern Müllverträge geschlossen, angesichts derer man fragen muß, wem nützen sie und wo sind da die Abhängigkeiten.

Wir hören davon, wie Abgeordnete des Bundestages ihrer Aufwandsentschädigung zu indirekter Parteienfinanzierung mißbrauchen, indem sie damit ihren Wahlkampfbüros im Wahlkreis aufhelfen. Wir wissen von der segensreichen Tätigkeit der Familie Krause in Böggernde. Die tüchtigen Angehörigen des Verkehrsministers und Landesvorsitzenden der CDU soll nach und nach größere Ländereien in Toplage erworben haben. Sicher ging da alles mehr als korrekt zu.

Kein Tag ohne neue Skandale und Skandalchen, alles scheinbar ohne Folgen. Für die Betroffenen. Betroffenen? Verursacher, denn Betroffene sind wir - das Volk, besagter Souverän, weil Wähler. Und der ist verdrossen.

Aber nicht nur der. Rupert Scholz, CDU-Obmann im Verfassungsausschuß, weit entfernt davon, als linker Spinner oder Barrikadenstürmer verdächtigt zu werden, läßt vorerst dieses Mandat ruhen, weil eine einflußreiche Lobby von bayerischen Freiflugspezialisten das Verfassungsziel Umweltschutz nicht genehm ist. Warum wohl?

Politikverdrossenheit, die Erfahrung nichts bewegen zu können, droht selbst die zu lähmen, die Politik zu ihrem Handwerk gemacht haben. Die Gefahr, daß noch deutlicher von anderen Kräften in die Politik eingeriffen wird, ist groß.

Richard v. Weizsäcker hat in seiner Rede zum Gedenken an die Ermordung der Geschwister Scholl vor 50 Jahren daran erinnert, daß Politik auch etwas mit Moral zu tun hat. Nicht Machtverwaltung und Machterhaltung sei der Gegenstand der Politik, sondern die angemessene Regelung des Zusammenlebens von Menschen.

H. Panse



Foto: Rainer Cordes

Das Sitzfleisch der Ministerin

Frau Uhlmann ist noch einmal davongekommen. Das ist ihr Schicksal, davonzukommen, statt zu überzeugen. Nachdem selbst in der eigenen CDU-Landtagsfraktion immer mehr Stimmen mit dem Verlangen laut geworden waren, die hilflos ihrem in die Müll-Mafia verstrickten West-Helfer Conrad anheimgefallene Ministerin von ihrem Überforderungs-Problem zu erlösen, rettete sie nur noch der mecklenburgische Eigensinn des zur Kapitulation (noch) nicht bereiten Ministerpräsidenten: Bloß nicht jetzt alle Dämme brechen lassen! Nur weil Seite sonst mit seinem Panoptikum der kläglichen Fehlbesetzungen vollends Land unter melden müßte, ist die Dame noch im Amt. Man hat ihr jetzt ein Ultimatum unklaren Gehalts gestellt: Entweder irgendwann wird alles gut im gelben Haus an der Schloßstraße, oder die Desolata muß dann doch irgendwann gehen. Na, mit diesen Sankt-Nimmerleinstags-Ausführungsbestimmungen läßt sich noch ein Weilchen leidlich wurschteln. Und das tut sie gern, weil sie ja an ihrem Posten klebt wie offenbar jeder politische Spitzen-Repräsentant in diesem Land, der bewiesen hat, daß er selbst das Problem nicht versteht, das zu lösen er sich folgerichtig täglich dreimal als unfähig erweist.

Frau Uhlmann weiß schon heute:

Es wird der Tag kommen, an dem der Landesrechnungshof ihr und der Öffentlichkeit beweist, was jedem schon jetzt klar ist, - daß der mit skrupellosen Großverdienern an diffusen Müll-Geschäften bis über die Halskrause verquickte Staatssekretär Conrad den reibungslosen Fortgang eben dieses Müll-Geschäfts nicht nur in den Mittelpunkt seiner Amtsführung gestellt, sondern dem Land auch noch den Profit daraus vorenthalten hat. Aber solange sie's nicht schwarz auf weiß hat, bleibt sie sitzen und pflegt ihren selbstgerechten Gesichtsausdruck.

Daß in Ostdeutschland die Umwelt-Belange nach dem Motto "Not kennt kein Gebot" zum Spielball nie hinhänglich offengelegter Kommerz-Interessen zu werden drohen, dafür ist Mecklenburg-Vorpommern das ödeste Beispiel: Vom Atom Müll über den profanen Giftmüll bis zum buchstäblich stinknormalen Hausmüll ist hier jeder Müll herzlich willkommen. Und wenn eine wirtschaftlich an fürwahr dürrum Stöckchen gehende Kleinstadt wie Torgelow sich mit überzeugender Mehrheit dagegen ausspricht, ihre eigene Kommunalentwicklung in die Perspektive einer gigantischen Abfall-Verarbeitung zu fügen, empfindet man das im Umweltministerium seuf-

zend als Schlag in's Kontor. Politik als Ergebnis der Abwägung zwischen (relativ) frei von Abhängigkeiten geltend gemachten Interessen und Sach-Gesichtspunkten ist hier mehr als sonst irgendwo zwischen Kiel und Konstanz ein mühselig buchstabiertes Fremdwort.

Es ist ja verzeihlich, daß man sich kurz nach der Wende verlegen fühlte um präsentable, politisch nicht gleich offenkundig vorbelastete Repräsentanten für Regierungsmäntel und dabei manchen vermeidbaren, folgeschweren Fehlgriß getan hat. Aber nach der langen Zeit, die seit damals verstrichen ist, lastet auf allem bleischer die Resignation und die Bitternis, von unfähigen Leuten regiert zu werden. Die Haltung der Politiker nicht nur dieses Landes dazu ist nicht zynisch (dazu fehlt die Intelligenz), sondern dumm (dazu reicht es immer): Statt nach Wegen aus der in's nachgerade Grotteske gesteigerten Lächerlichkeit des politischen Erscheinungsbilds der eigenen Regierung zu suchen, sitzt man unbelehrbar und unbeirrbar seine Zeit ab, weil man sicher ist, zu nichts anderem als dazu gewählt zu sein. Also bleibt Frau Uhlmann im Amt, bis sie dort herausgetragen wird oder ein gnädiges Wahlergebnis das Land erlöst.

Michael Will

Die nächste Krise kommt bestimmt

Eine gute Nachricht aus Mecklenburg-Vorpommern: Lothar Kupfer ist doch nicht mehr unser Innenminister! Ansonsten schlechte Stimmung an der Küste. Von den neuen Bundesländern ist es das Land mit den größten Problemen, tritt zu fassen in der Republik. Seit 1989 haben über 50% der Menschen hier ihre Arbeit verloren. Die wenigen Industriestandorte, die es im Jahre drei der Einheit hier noch gibt, haben schlechte Voraussetzungen, den Wettbewerb zu bestehen. Die Landwirtschaft quält sich dahin, obwohl sie einer der wenigen Hoffnungsträger für das Land sein könnte. Die Stimmung ist schlecht. Sie findet in der Politik ihre Entsprechung. Gerade hat sich die Regierungskrise Nummer zwei ereignet. Zwar wird seit Freitag vergangener Woche verlautbart, von einer Krise könne nun nicht mehr die Rede sein, hat man sich doch einen neuen West-Innenminister zugelegt, doch Zweifel sind angebracht.

Durch die de facto Pattsituation im Landtag bleiben die Spielräume der Politik auf ein Minimum beschränkt, eine Spielwiese für Machtspekulanten und Intriganten. Wer hat hier eigentlich die Macht? Sie scheint zwischen Mecklenburgern um Günther Krause in Bonn, Mitgliedern der Fraktion um den hemdsärmeligen Eckardt Rehberg und der Koalition wie in einem Bermudadreieck zu verschwinden.

Das Szenario ist bekannt, Wiederholung wie beim Rücktritt Gomolkas. Der letzte erste Mann im Lande stürzte über den Streit um das Privatisierungskonzept der Werften. Warum Gomolka gehen mußte, ist bis heute keinem klar. Mit Berndt Seite hat sich weder die politische Kultur noch das Klima in der Koalition geändert.

Seite, trat seinen Dienst in dem Bewußtsein an, ein Übergangskandidat zu sein. Gewissermaßen ein Provisorium bis andere Entscheidungen sich anbahnen würden. Damals wie heute spielte eine Zeitung eine nicht unwichtige Rolle. Wieder wußte DIE WELT offensichtlich mehr als Verantwortliche der Regierung vor Ort. Das Blatt kündete, Seite habe eine Regierungsumbildung vor. Wenn dieser Plan bestand, warum wurde er aus Bonn via Veröffentlichung in jenem Blatt torpediert? Seite wurde bis vor kurzem auf Erfolgskurs präsentiert und von einem Provisorium konnte längst nicht mehr die Rede sein. Manche Postillen ließen ihn schon vom Einzug in die Villa Hammerschmidt träumen - warum nicht das allerhöchste Amt? Wer nicht von Selbstzweifeln gequält ist, mag sich das zutrauen. Sollte jetzt Seite daran erinnert werden, wer Herr des Bermudadreiecks ist?

Wie ein Mühlstein hing dem MP sein Innenminister Kupfer an. Auch Gomolka hatte seine Last mit seinem Innenminister Diederich.

Fortsetzung auf Seite 2

Politik

Randbemerkung

Schimmernde Wehr

Deutschland ist größer, die Bundeswehr kleiner geworden. Ein schönes Stück Friedensdividende, wie man damals, vor knapp drei Jahren, am Ende des Kalten Krieges, noch dachte. Die Reduzierung von 500.000 Soldaten auf 370.000, unter Einschluss der noch von Wehr- und Friedensminister Rainer Eppelmann verwalteten rund 100.000 NVA-Angehörigen war der von Michail Gorbatschow geforderte Preis für die Zustimmung des einstigen Angst-Gegners zur deutschen Einheit. Ein nobles, staatsmännisches Geschenk.

Einigen Geostrategen, Wehrexponenten und sonstigen Kommissköpfen kam diese nicht ganz freiwillige Truppenreduzierung wie eine Art von Versailler Diktat vor. Prompt produzierten sie Bedrohungsanalysen von globalem Ausmaß: Der Nahe Osten natürlich, möglicherweise auch Südafrika, wo der weiße Mann auf dem Rückzug ist, und nicht zu vergessen, wie schon zu Kaisers Zeiten: Die gelbe Gefahr. Gut, daß es da die Vereinten Nationen gab, von denen man jederzeit ein Mandat für die schimmernde Wehr bekommen konnte, wie die USA in ihrem Golfkrieg bewiesen hatten.

Doch der einstige Koloß Bundeswehr, fast vier Jahrzehnte auf Abschreckung und atomare Kampfführung trainiert, erweist sich als ein tumber Goliath. Während die Militärs noch um kostspielige Ausrüstung und weltweite Aufgaben kämpfen, oftmals irreführend von markigen Politiker-Worten, ist die Wehrpflichtarmee längst zur Manövriermasse im Haushalts-Krieg der Regierung geworden.

Fahrlässige Tötung

Auf den Straßen der Ex-DDR, den jungen Ländern, wie es im Bonner Sprachgebrauch oft nachsichtig heißt, steigt die Zahl der tödlichen Unfälle. Das liegt nicht an der ungewohnten Verkehrsdichte. Auch nicht daran, daß die Straßen der neuen Tempofreiheit noch nicht angepaßt sind. Es liegt, wie die Polizeistatistik erweist, am Alkohol.

Für die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten ist das kein Thema. Ungeachtet des Verfassungsauftrages, nur dem eigenen Gewissen verantwortlich zu sein, haben die Mitglieder der Regierungsfractionen en bloc gegen die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung und die Herabsetzung der Promille-Grenze gestimmt. Auch auf diesem Gebiet, auf dem es so unmittelbar um Leben und Gesundheit geht, soll alles so bleiben, wie es in der ehemaligen Bundesrepublik war: Rücksichtslos, uneinsichtig und unvernünftig.

Solcher Anarchismus unserer Gesetzgeber in Sachen Verkehrspolitik, der im krassen Gegensatz zu manchen unnötigen Gängelungen der Bürger steht, hat Methode. Jahrelang setzte der Verkehrsminister Werner Dollinger sein Veto gegen die Annullpflicht durch. Gegen den Rat von Unfallärzten und gegen die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern. Die dann doch eingeführte Gurtpflicht erwies schnell den lebensgefährlichen Irrtum des Ministers: Die Zahl der Unfälle mit Todesfolgen und schweren Verletzungen ging schlagartig zurück.

Ein Fall von fahrlässiger Tötung von Amts wegen? Vielleicht. Aber wo ist der Kläger? Und welcher Staatsanwalt nimmt sich der Sache an?

Verlorenes Charisma

Noch vor Ablauf der obligatorischen hundert Tage ist klar, daß im Weißen Haus in Washington nicht, wie erhofft, ein neuer John F. Kennedy sitzt. Mal abgesehen davon, daß einiges an der Aura des ermordeten Präsidenten zur Legendenbildung gehört, so wird doch offensichtlich, daß Bill Clinton der Start nicht gelungen ist. Neben den Fehlnominierungen für das Justizministerium kommt der erfahrene Berufspolitiker aus Arkansas mit seiner Vision von einem „Frühling im Winter“ für die Weltmacht USA nicht voran.

So zeigt sich auch in dem Land von Roosevelt, Kennedy und Reagan, daß die Epoche der charismatischen Politiker zu Ende ist. Das muß nicht zum Schaden der Demokratie sein, wenn sich die demokratischen Bürger selber mehr um ihr Gemeinwesen kümmern.

Bernd C. Hesslein

Gollert: „Wir stehen es durch“

Interview mit dem Minister für Arbeit und Soziales

doch wohl von einer sozialen Schieflage sprechen. Sehen Sie das auch so?

Ich bin gegen die geplanten Streichungen beim Arbeitslosengeld und den Sozialabgaben. Die Sozialminister der Länder sind sich einig, daß sie gegen Kürzungen in diesem Bereich einschreiten



wollen. Das wäre ganz problematisch, wenn auf diesem Gebiet die Sparmaßnahmen durchgesetzt würden, und das trübe in ganz besonderem Maße die Arbeitslosen in Ostdeutschland. Das gleiche gilt für die Sozialhilfe. Reserven sehe ich allerdings nicht nur in der Eingrenzung des Mißbrauchs etwa bei denen, die Schwarzarbeit machen, sondern das trifft auf die andern Politikbereiche genauso zu. Das werden wir einfordern. Es gibt viele Bereiche, wo staatliche Gelder hinfließen und nicht überprüft wird, wo das Geld bleibt.

Wie sieht es denn aus mit der Perspektive für die Menschen unseres Bundeslandes? Ist die beste die, das Land zu verlassen?

Nein, natürlich ist es nicht die beste, aber im Augenblick ist es für viele Jugendliche die einzige Chance, eine Stelle zu bekommen, die ihren Vorstellungen entspricht. Man kann es auch niemandem verdenken, daß die unterschiedliche

Bezahlung ein Motiv für das Weggehen ist.

Vielleicht werden die Subventionen immer noch nicht richtig eingesetzt, vielleicht müßte doch zu Lohnsubventionen übergegangen werden.

Das ist der alte Streit zwischen den Leuten der Wirtschaft und mir. Ich war immer für die schnelle Einkommensangleichung. Da argumentiert die Wirtschaft natürlich ganz anders. Doch solange wir kein einheitliches Lohngefüge haben, werden wir nicht vermeiden können, daß junge Leute abwandern.

Ist es überhaupt sinnvoll, das zu vermeiden? Sie sagten, man könne schon allen eine Arbeit beschaffen, das stimmt doch eigentlich nicht.

Im Augenblick freue ich mich, daß jeden Tag 40.000 Menschen pendeln, sonst sähe die Situation auf dem Arbeitsmarkt bei uns noch schlechter aus. Allerdings pendeln vor allem die, die bei uns gebraucht werden.

Stichwort: Was wir am wenigsten gebrauchen konnten, war eine Regierungskrise. Haben wir sie hinter uns?

Ja, auf alle Fälle, und ich glaube auch, es war die letzte Chance für diejenigen, die versuchen hier Unruhe ins Land zu bringen. Ich denke, mit dem neuen Innenminister werden wir bis zur Wahl durchstehen. Jetzt von Regierungsumbildung und Neuwahlen zu reden wäre absurd.

Wer bringt denn Unruhe in die Regierung?

Das ist schwer zu sagen. Ich werde mich nicht in die Gerüchteküche begeben. Das Problem Innenminister stand ja lange an. Die Kampagne über eine Regierungs-

umbildung ist gesteuert gewesen, daran gibt es keinen Zweifel. Es erinnert mich vieles an die Situation vor einem Jahr, aus der man doch eigentlich schlau geworden ist. Ich glaube, der Ministerpräsident hat eindeutig entschieden zu diesem Zeitpunkt, und für mich ist das Wesentlichste, daß die CDU-Fraktion einstimmig den Beschluß des Ministerpräsidenten mitträgt.

Ja, aber einige Tage vor der Entlassung Kupfers hat sie sich für sein Verbleiben ausgesprochen...

Das war erstaunlich, aber es ist für mich das Zeichen, daß die Fraktion sich nicht in die Regierungsgeschäfte hereinhängt. Das macht den Ministerpräsidenten stark, und das macht mir Mut zu hoffen, daß wir bis 1994 durchstehen.

Sie beschreiben den Zustand mit „hoffen“.

Ja, man kann das ja nie wissen.

Ein Fernsehkommentator hat der hiesigen Regierung bescheinigt, sie habe jetzt lange genug die Chance gehabt zu lernen, nun müßten kompetente Leute aus dem Westen ran.

Ich sehe das etwas differenter. Der Ministerpräsident stellt das Problem der Sicherheit im Lande an die erste Stelle, darum ist die Wahl eine Profis wichtig. Andererseits ist der Innenminister zuständig für die Kommunen. Da ist es natürlich ein Nachteil, daß der neue Amtsinhaber das Land nicht kennt.

Wenn wir denn jetzt eine Mannschaft von kompetenten Leuten an der Regierung haben, kann man ja wirklich das besten hoffen.

Interview: Regine Marquardt

Die nächste Krise kommt bestimmt

(Fortsetzung von Seite 1)

War die Agilität Diederichs eine Herausforderung für Gomolka, so plagte sich Seite mit der Unfähigkeit Lothar Kupfers. „Nehmen Sie einen Landrat!“ hatte der Kanzler vor einem Jahr empfohlen. Da fiel die Wahl fast zwangsläufig auf den langjährigen Freund des CDU-Fraktionsvorsitzenden Rehberg. Kupfer gehörte zur Hausmacht Krauses, und allein das bürgte schon für Qualität.

Die Entlassung des Innenministers war überfällig. An Rücktritt dachte er nicht. „Da kann ich doch nur lachen!“ war seine fröhliche Antwort auf diese Frage. Zumindest nach außen hin verhartete er uneinsichtig in dieser Pose bis zum bitteren Ende. Er sah seine Verantwortung für die Ereignisse um die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen nicht und

machte eine klägliche Figur vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, als er denn endlich geladen wurde. Warum hat der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns so lange an seinem Innenminister festgehalten, um ihn dann schließlich gegen den Willen der Fraktion zu entlassen? Hat Seite in diesem Zusammenhang die Machtfrage für sich stellen wollen? Wenn eine Regierungsumbildung von ihm geplant war und dieser Plan vereitelt wurde, dann ist sie ihm beantwortet worden. Seitens Emanzipationsversuch wäre dann gescheitert. Nach außen hin hat er vielleicht kaum Schaden genommen, gewonnen hat er aber nichts. Die Verlierer dieser Eskapaden sind wieder die Wähler. Schlechte Nachrichten aus Mecklenburg-Vorpommern. Man könnte zynisch resümieren: Wenn

das Land auch arm ist, an politischen Hasardeuren ist es reich. Sie leben frohgut nach dem Motto: „Man gönnt sich ja sonst nichts.“

Die Politiker des Landes spiegeln die zerrissene Situation der Menschen im Lande wider. Auch sie bangen um ihre Arbeitsplätze. Was macht ein Innenminister, wenn er seinen Job verloren hat. Auch das mag ein Grund sein, daß wir uns aus diesem Bermudadreieck nicht herausfinden. Das Lavierende, wo politische Entscheidungen gefällt werden müssen, wird weiter an der Tagesordnung bleiben. Zwischen den Koalitionspartnern gibt es keine Spielräume. Die Opposition wird weiter gelegentlich nach Neuwahlen rufen, doch solange sie nichts anderes anzubieten hat, wird der Drang nach Neuwahlen nicht aufkommen. Neuwahlen wären die

bessere Lösung, doch ob sie stabile Verhältnisse schaffen werden, muß bezweifelt werden. Sicher ist aber, daß die Mehrheit der Parlamentarier und der Regierung den nächsten Wahlen mit Angst entgegen sehen. Die CDU ist im Abwind, eine Alternative ist nicht da. Darum wäre jetzt der Versuch eines Neuanfangs, wozu auch eine große Koalition gehören könnte, nicht die schlechteste Idee gewesen. Doch Seite durfte nicht. Insofern: Die nächste Krise kommt bestimmt. Vielleicht ist der dritte Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern diesmal nicht mit von der Partie, denn allenthalben wird verkündet, in Rudi Geil haben wir einen Profi an Bord. Doch an unsere Krisen könnte auch ein ausgebuffter Profi seine helle Freude haben.

rm

Andere Meinungen

„Zugegeben, die Parteienkonkurrenz macht es schwer, Beschlüsse wieder umzusetzen, mit denen man sich vor wenigen Jahren geschmückt hat. Mit dem gegenseitigen Vorwurf der sozialen Demontage ist jeder schnell bei der Hand, da macht keine Partei eine Ausnahme. Aber mit jedem Jahr, das ungenutzt verstreicht, werden die Eingriffe noch schmerzlicher. Darauf zu warten, daß andere diese Arbeit tun, ist nur als egoistischer Zynismus zu bewerten. Um welche Größenordnung es dabei geht, macht sich kaum jemand klar, weil sich die Milliardenzahlen ohnehin längst jeder Vorstellungskraft entziehen.“

Das schrieb im Herbst 1982, kurz vor dem Ende der sozialliberalen Koalition, Hans Reiser, damals Korrespondent der SÜDDDEUTSCHEN ZEITUNG in Bonn. Das Blatt erinnert jetzt mit einem Wiederabdruck an seinen plötzlichen Tod vor zehn Jahren. Wie sich die Bilder gleichen. Auch heute fummelt wieder eine aus dem Tritt getatene Koalition, dieses Mal konservativ-liberal, mit dem Milliarden herum. Die Kommentarthemen der überregionalen

westdeutschen Zeitungen belegen es.

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG beschäftigt sich mit dem seit Monaten diskutierten Solidarpakt und sieht bei aller Kritik im Detail einen Lichtblick. Der Kommentator schreibt unter anderem:

„Der Solidarpakt bliebe ein Torso, wenn es nicht gelänge, auch Wirtschaft und Gewerkschaft in seine Zielsetzung einzubinden. Da wird man sich vielfach mit Absichtserklärungen zufriedengeben müssen. In diesen Tagen zeigt sich aber, daß der gesellschaftliche Konsens, auf den die Initiatoren des Paktes hoffen, kein leerer Wahn ist. Der Gruppenegoismus wird sicher nicht aussterben, aber seine Vertreter lassen eine gewisse Verlegenheit erkennen.“

Die FRANKFURTER RUNDschau widmet sich in einem Kommentar dem von Bundeskanzler Helmut Kohl unvermutet und womöglich unbeabsichtigt ausgebrochenen Streit um den Umfang der Bundeswehr. Unter anderem heißt es dazu:

„Innenpolitisch scheinen die Fronten verkehrt: Bundeskanzler Helmut Kohl will bei der Bundeswehrverringerung auf 370.000

Mann bis Ende nächsten Jahres nicht stehen bleiben. Hans-Ulrich Klose, der Oppositionsführer im Bundestag, warnt hingegen davor, den Verteidigungshaushalt zum Steinbruch für die Bonner Haushaltsnöte zu machen; zuerst müsse geklärt werden, welche Aufgaben die Bundeswehr in Zukunft erfüllen soll. Und das ist auch ein Problem der SPD. Der Sinn und Zweck deutscher Streitkräfte muß von einem breiten Konsens der Bürger getragen werden.“

Die in Berlin erscheinende TAGESZEITUNG kommt in einem Kommentar zu den wildwuchernden Plänen, aus dem Autovekehr Geld zu schlagen, mit einem unerwarteten Lob für den sonst gerne gezausten Bundesverkehrsminister Günther Krause. Unter der Überschrift „Ein Lob für Krause“ heißt es unter anderem:

„Wer jetzt jammert, man habe als Steuerzahler die Autobahnen schon einmal bezahlt, jetzt müsse man außerdem Maut an Private abführen, - wer so redet, der weiß nicht, was er sagt. Bezahlen müssen wir nämlich sowieso: Auf alle Fälle den Unterhalt und indirekt auch die Abschreibungen der Autobahnen. Die Kritiker vergessen,

ihre Alternativen zu benennen. Wollen sie lieber weitere Einschnitte in's soziale Netz? Soll besser die nächste Generation die Zinsseszinsen der Bahnschulden bezahlen?“

Die in München erscheinende SÜDDEUTSCHE ZEITUNG knüpft an die überfällige Entlassung des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern. Lothar Kupfer, ein paar besorgte Gedanken über die Zukunft von Ministerpräsident Berndt Seite:

„Möglicherweise kam Berndt Seites Eingriff zu spät, um den Ansehensverlust der Regierung zu stoppen. Aber er steckt auch in einem Dilemma. Noch nicht einmal ein Jahr ist vergangen, seit er Alfred Gomolka beerbt und drei neue Minister vereidigt hatte. Ständige Revirements vermitteln nicht gerade den Eindruck der Kompetenz. Erschwerend kommt hinzu, daß über dem Kabinett noch ein Damoklesschwert schwebt: Der Rechnungshof prüft derzeit die Verträge, mit denen Mecklenburg-Vorpommern die Mülldeponie Schönberg an eine private Firma verpachtete. In diesem Komplex steckt mehr Zündstoff, als eine Umweltministerin vertragen kann.“

Motzki

Motzki. Schon vor seinem Erscheinen rauschte es im Blätterwald. Und so sitzen wir denn vor unseren TV-Geräten und sehen, was Wolfgang Menge dem deutschen Volk unverschämte beschert. Entrüstung ist angesagt.

Motzki ist ein Wessi! amet de ostdeutsche Zuschauer auf. Natürlich ist er empört über solche Äußerungen wie: „Blöde Ostkuh! Natürlich ist es eine Frechheit zu behaupten, wir könnten nicht arbeiten. Aber das kennen wir ja! Keine Ahnung, wo Bitterfeld liegt, aber über die Malocher von da die Nase rümpfen. Und jetzt, da die blöden Ossis ihre Arbeit verloren haben, sagen: „Na und, dafür können sie jetzt nach Mallorca.“

Ehe wir uns es jetzt behaglich machen in unserem Zorn vor unseren Fernsehern in Herne oder Rostock, woll'n wir doch erst mal in die Runde sehen. Wie haben wir es uns denn gemütlich gemacht in unserer guten Stube? Wie farbenfroh ist denn unsere Tapete? Steht unser Sofa auch ein Koloß von einer Schrankwand vis à vis? Haben wir auch eine ordentliche deutsche Wohnung, und wie hängen unsere Jacken? Wann haben wir unseren Frust das letzte Mal an jemand ausgelassen, es muß ja nicht eine Töle sein oder eine Schwägerin. Gibt es da so große Differenzen zwischen Ost und West?

Aber seit der Einheit ist es ungemütlicher geworden unter deutschen Dächern. Wir haben uns in vierzig Jahren Trennung aus den Augen verloren. Die wenigsten haben sich einst auf den beschwerlichen Weg in den Osten gemacht. Wenn der Westbesuch kam, wurde er in der Regel wie ein Wunderwesen bestaunt. Er konnte von der großen Welt erzählen, auch wenn er sie nur vom Hörensagen kannte. So wuchs der Vetter aus Dingsda über sich hinaus, seine hochwillkommenen Mitbringsel taten ihr übriges. Wir waren voll des Dankes. In solcher Feststimmung sehen wir uns nun nie mehr. Alltag ist eingekehrt, und der ist mühevoll.

Motzki haut das raus, was nun seit drei Jahren vielen im Magen liegt. Und das ist gut so.

Es ist töricht, die Absetzung der Serie zu fordern. Jedes Gespräch, das Motzki in Gang setzt, ist allem heilsamer als wenn wir weiter so verquast weitermachen wie bisher. Auf die Seele der Ostdeutschen muß Rücksicht genommen werden? Unsere Würde wird verletzt? Falls Edith Rosenthal weiter so unangestastet davonkommt, hat die Serie doch eine Schwäche. Offensichtlich hat Menge seine ganze „Kraft“ in der ersten Folge der Serie gelassen, wollen hoffen, Motzki findet zu seiner Fiesheit zurück. Denn: Lassen wir ihn ruhig motzen, wir sollten miteinander reden!

rm

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76. ISSN 0863-369 X. Register-Nummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin: Regine Marquardt

Redaktion: Politik: Regine Marquardt Wirtschaft/Umwelt: Michael Will Kultur: Wolfram Pilz

Ständige Autoren: Agelier, Korf, Bäk, Catherine Doose, Bernd C. Hesslein, Uwe Jahn, Helmut Kater, Dr. Udo Knapp, Franz Maag, Meir Mandelboom, Holger Panse, Waldemar Schlegel, Dr. Cora Stephan, Dorothee Trapp

Verlag: Mecklenburger Verlag GmbH Puschkinstraße 19 2750 Schwerin Telefon: 8 33 88 / 21 49 52

Verlagsleitung: Hans-Ulrich Gienke Satz: Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz: EDV-Satzstudio D. Roggentin Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck

Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Thema

Thema: Südamerika – Hütten und Paläste
(Seite 3)

MECKLENBURGER
AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 1. Jahrgang · Nr. 47/48 · 27. November 1992 · 1,80 DM

Honecker
Prozeß

Schnaps
im Aufwind

Kulturpolitik
im M.A.V.

Das Lied
von...

Patient
...

up Platts

München: Lichterkette der 350 000 gegen Fremdenfeindlichkeit – Seite 2

lug

Schweriner Volkszeitung

Montag, 7. Dezember 1992

Mecklenburgische Zeitung

78 Pf. (4. 284.-)

Kurz vor Mitternacht
Einigung im Asylstreit

Grundgesetzartikel 16 ergänzt / Recht auf Asyl bleibt

Zwei Arten von Öffentlichkeit

Mutmaßungen über die ostdeutsche Presselandschaft am Beispiel zweier Zeitungen aus Mecklenburg-Vorpommern

Wie es bei uns vorangeht, bestimmen wir mit Schöpfergeist und guter Arbeit. „Erinnert sich noch wer? Das war die Plattenbauweise auf dem ideellen Sektor, wie man sie in den Bezirksleitungen der SED reihenweise finden konnte, damals, als es die DDR noch gab, - zum Beispiel in der Schweriner Volkszeitung am 16. Oktober 1989.

„Der Herzog erzählt einen Schlag aus seiner Jugend“, heißt es vertraulich knapp eineinhalb Jahre später, in einem Bericht über den Besuch von Herzog Christian Ludwig zu Mecklenburg in Schwerin, ebenfalls in der Schweriner Volkszeitung, jetzt „Unabhängige Tageszeitung für das Land Mecklenburg-Vorpommern“. Verleger: Hubert Burda. Die Redaktion ist kleiner geworden, besteht aber im wesentlichen noch aus den alten Zeitungsmachern. Wo Westzeitungen keinen Strich mehr machen und selbst „Super!“ einbrach, sind die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen der Fels in der Brandung. Die SVZ hat ihre Auflage im wesentlichen gehalten, um Frühjahr 1992 waren es 180.000 Stück, 10 Prozent weniger als vor der Wende.

„Denk' ich an Deutschland“ lautete die Überschrift eines Artikels von Regine Marquardt, Pfarrersfrau aus Carlow bei Gadebusch, den die alte Schweriner Volkszeitung im Dezember 1989 nicht drucken wollte. Schließlich gehörte sie ja zu jenen Leuten, die in der SVZ noch zwei Monate zuvor als „Randalierer und Krakeeler“ ausgrenzt worden waren. Aus dieser Absage, einem Pappkarton, hilfreichen West-Verlegern und erheblichem Sendungsbewußtsein entwickelte sich eine der wenigen Zeitungsnuegründungen in der DDR zu Zeiten der Wende, der „Mecklenburger Aufbruch“. Die wohl letzte zu Wendezeiten neugegründete Wochenzeitung ist keine Erfolgsstory, oder höchstens ideell gesehen. Sie wird es wahrscheinlich auch nicht mehr werden.

Regine Marquardt kann noch heute nur schwer nachvollziehen, daß jetzt in Ostdeutschland Männer und Frauen die „Vierte Gewalt“, die kritische Öffentlichkeit repräsentieren, die damals die Ereignisse verfälscht, die Öffentlichkeit verhindert hätten. Tatsächlich könnte nichts unterschiedlicher sein als ihre Biographie und die - zum Beispiel - des damals wie heute stellvertretenden Chefredakteurs der SVZ, Bernd Mackowiak, der noch am 11. Oktober jenen Artikel über die „Randalierer und Krakeeler“ schrieb - eine Gruß- und Ergebnissadresse an die Partei, klassischer Verlautbarungs-Journalismus im Stile des sozialistischen Realismus: „Gerade in solch bewegten Zeiten sollen die Menschen spüren: Gemeinsam und tatkräftig, offen und offensiv, ruhig und besonnen, sachlich und mit Blick auf die Probleme stellen wir uns den Aufgaben, von deren erfolgreicher Lösung unser aller Wohlergehen abhängt“. Durchhalteparolen nur wenige Wochen vor dem Ende der alten DDR.

Bernd Mackowiak erhielt seine Ausbildung an der Sektion für Journalistik der Karl-Marx-Universität in Leipzig und ist Redaktionsmitglied der Schweriner Volkszeitung seit 1974. Regine Marquardt hat Theologie studiert und war 14 Jahre lang Pfarrfrau im ländlichen Carlow. Der eine hat der herrschenden Klasse nahe ge-

standen, die andere der Kirche im Sozialismus, keine Märtyrerin, schon eine, die sich im „besseren Deutschland“ wähnte. Aber keine Parteigängerin des Systems. Beide repräsentieren heute unterschiedliche Arten von Öffentlichkeiten, die einander den Rang nicht streitig machen können. Eine wird untergehen und im Untergang den moralischen Sieg davontragen. Die andere wird für die sich entwickelnde ostdeutsche Öffentlichkeit eine erhebliche Rolle spielen.

Es habe viele Versuche gegeben im Herbst 1989, Zeitungen zu machen, sagt Regine Marquardt, eigenartigerweise aber sei niemand auf die Idee gekommen, Zeitungen zu besetzen, - die ja, wie im Falle

der Schweriner Volkszeitung, über ein nicht unbeträchtliches Betriebskapital verfügten und immerhin noch bis zum 1. April von der SED/PDS subventioniert wurden. Der „Mecklenburger Aufbruch“ mußte das Anzeigen-Geschäft drei Monate früher erlernen. Die Trutzburg der SVZ am Neubaugebiet Großer Dreesch, extra für die SED-Zeitung gebaut und jegliche Annäherung von Lesern beinhardt abwehrend, ist ohne Zweifel von milderem Charme, aber höherem Nährwert als die fünf Zimmerchen, die Regine Marquardts „Mecklenburger Aufbruch“ im Neustädtischen Palais in der Puschkinstraße in der idyllischen alten Schelfstadt, belegt. Immerhin gibt es ein Telefon.

Dafür ist das Ansehen des „Mecklenburger Aufbruch“ groß, - was er nicht zuletzt der Persönlichkeit seiner Chefredakteurin und Herausgeberin verdankt, deren Ausbildung indes auch den Ton des Blattes prägt: Mancher Blattaufmacher trägt unverkennbar Züge einer Predigt, gebrochen höchstens von der Selbstdistanz und Ironie der Chefin. Der „Aufbruch“ ist das Blatt des Mahnens und Warnens, des großen Tons, der Moral, aber auch des politischen Pamphlets. Er hat den Versuch längst aufgegeben, der

noch im Jahre 1990 von größter Bedeutung zu sein schien: Vor Ort mit gründlich recherchierten Reportagen zur Selbstaufklärung der Bevölkerung und zur dringend nötigen praktischen Lebenshilfe beizutragen, andererseits, nach außen hin, nachzutragen, was die westlichen Medien damals versäumten. Insbesondere die rapiden Zerfalls-Prozesse des Gemeinwesens DDR nach der Währungsunion im Sommer 1990 wurden weder von der Politik in Bonn noch von den westlichen Aufklärern in den Medien rechtzeitig wahrgenommen.

Die Stärke des „Mecklenburger Aufbruch“ lag sicher zunächst darin, daß er, wie andere Gazetten auch, eine Bevölkerung zu Wort kommen ließ, die Jahrzehnte nach ihrer Meinung nicht gefragt worden war. Auch boten die selbstironischen Berichte der Regine Marquardt von den Abenteuern an kapitalistischer Front Identifikation an. Vor allem aber wurde der „Mecklenburger Aufbruch“ schnell zum moralischen Vademecum einer verunsicherten Leserschaft. Denn die ersten beiden Aufgaben mußten scheitern: Für aufklärerische Recherche und für praktische Lebenshilfe fehlten dem Blatt letztlich die Personen, die Telefonleitungen, der Zugang zu Informationen und Experten, die Mittel. Als Instanz der Aufklärung über die Verhältnisse im Inneren des aufgewühlten Landes wurde es im Westen wiederum nicht ernst genommen, was allerdings auch daran liegen mag, daß die Aufmerksamkeit für die Prozesse in der DDR im Sommer 1990

in einer Weise nachließ, daß man vom „Versagen der Öffentlichkeit“ sprechen möchte. Es ist heute unverständlich, wie gelassen man in Westdeutschland die Toscana oder andere ferne Landschaften aufsuchen konnte, in der festen Überzeugung, die paar Millionen Ossis stecke die soziale Marktwirtschaft weg wie nichts.

Der „Mecklenburger Aufbruch“ war nie eine Zeitung der Bürgerrechts-Bewegungen, des Neuen Forums, der Opposition der DDR gewesen. Vielleicht war das ein Geburtsfehler, ein Versäumnis der Einzelgängerin Marquardt; vielleicht lag das aber auch am kollektiven Schweigen der Oppositionellen, deren Zungen sich erst Ende 1991, mit der Stasi-Debatte, wieder zu lösen schienen. Dennoch ist er ein Aushängeschild für Integrität geblieben und auch, tja, für jene DDR-Identität, die sich nicht in irgendwelchen „sozialistischen Errungenschaften“ verkörpert sieht. Der „Mecklenburger Aufbruch“ bliebe auch im Untergang der moralische Sieger. Damit aber verdient man sich bekanntlich höchstens Lorbeer, aber nicht das nötige Betriebskapital.

Die Lektüre der SVZ fesselt aus anderen Gründen: Zum Beispiel, in den entscheidenden Monaten der Jahre 1989 und 1990, durch die Lernprozesse ihrer Redakteure und Leser, die man Tag für Tag, Schritt für Schritt im sich mächtig wandelnden Blatt nachvollziehen kann. Am Beispiel etwa Bernd Mackowiaks: Der versuchte sich zunächst, im Oktober 1989, im

„Dialog“ mit der Bevölkerung (wie die SED-Führung das damals nannte), nicht nur mit parteitreuen Proleten aus dem Plastikverarbeitungswerk Schwerin, sondern auch mit Mitgliedern des FDJ-„Jugendclubs Hydraulik Nord Parchim“. „Wenn ich nur daran denke, wie

„Die Dialektik des politischen Alltags will es so, daß die unanfechtbare Moral der Unbelasteten dem neuen Pragmatismus der anderen weichen muß.“

ihr mich zur Informationspolitik gebeutel hat...“. Sein Wende-Erlebnis fand erst am 23. Oktober 1989 statt, als er beobachtete, wie die SED-Führungsspitze vor einer friedlichen Demonstration von Kerzenträgern „wie die Hasen“ und durch den Kohlenkeller in die SED-Bezirksleitung flüchtete. Am 24. Oktober berichtete die Schweriner Volkszeitung entgegen der Direktive der SED-Bezirksleitung nicht nur über eine angeblich erfolgreiche Demonstration von SED-Sympathisanten, sondern auch über die Kerzenzüge der bewegten Bürger Schwerins. Für diese Aufmüpfigkeit, zu der man sich erst nach fünfständiger Diskussion entschied, erhielt das Blatt am nächsten Tag paradoxerweise eine Auszeichnung: Die Zeitung hatte mit ihrem Alleingang die Partei vor einer Blamage bewahrt.

In den nächsten Wochen lernten die Redakteure mühsam sprechen, stotterten sich an die Wirklichkeit heran, lernten „ich“ zu sagen, ihrer subjektiven Wahrnehmung zu trauen. Jetzt löste sich die SVZ aus einer alten leninistischen Tradition: Als „Propagandist, Organisator und Agitator“ zu dienen. Am 18. Januar 1990 erklärte sie sich für unabhängig.

Wo man noch kurz zuvor Berichte von der Versorgungs-Front lesen konnte, natürlich stets als stetige Wende zum Besseren dargestellt, las man nun Reportagen über die Versorgungsnot, - Leserklagen über den Alltag, nicht über die große Politik. Die „Kollegen“ von der Schweriner Volkszeitung versuchten sich, im Unterschied zum „Mecklenburger Auf-

bruch“, erst gar nicht groß an einer eigenständigen politischen Deutung der Wirklichkeit. Wahrscheinlich tun sie damit das einzig Vernünftige, - und ihren Lesern einen Dienst. Nein, es ist nicht richtig, wie Regine Marquardt sagt, daß niemand die alten Zeitungen besetzt habe. Die Leser haben das erledigt. So macht sich die SVZ durch ein Lesertelefon, das täglich 40 bis 60 Anrufe mit Fragen zur Alterssicherung, Kurzarbeit und Bankzinsen entgegennimmt, zum Sachwalter der Interessen ihrer Leser.

Letztlich bleiben ihre Redakteure damit bei ihren Leisten: Sie berichten über die Versorgungslage. Zwar ist die Not heute eine andere und geschönt wird nur noch im Grundsätzlichen. Aber der langtrainierte Blick für's Lebensnotwendige und seine Bedeutung hat sich, scheint's, erhalten. Die Dialektik des politischen Alltags will es so, daß die unanfechtbare Moral der Unbelasteten dem neuen Pragmatismus der anderen weichen muß. Er ist zum Leben einfach wichtiger.

Was ist also das Geheimnis des Erfolges der neuen alten Bezirkszeitungen? Nähe zum Leser auch im Hinblick auf alte Bindungen und das langsame Tempo neuer Lernprozesse? Die alten überregionalen Zeitungen und die anspruchsvollen Zeitschriften und Meinungsblätter der DDR haben heute, so scheint es, auch mit westlicher Hilfe in Ostdeutschland keine Chance mehr. Noch weniger angesehen allerdings sind West-Zeitungen, insbesondere die früher so begehrten „Spiegel“ oder „Zeit“. Die Hypothese liegt nah: Es sind die politischen Blätter, die nicht mehr ziehen. Das Mißtrauen gegen Verallgemeinerungen jedweder Art sitzt

„Man braucht Zeit in Ostdeutschland - auch um das Politisieren, Polemisieren und Skandalisieren der Medien ertragen zu lernen, das man im Westen einzuschätzen weiß.“

tief. Gebraucht aber werden noch jene Zeitungen, die im 19. Jahrhundert „Intelligenzblatt“ hießen und gerade das nicht sind, was wir heute unter dieser Rubrik vermuten: Intelligenzblätter entstanden als Anzeigenblätter, sind lokal, bzw. regional orientiert, enthalten sich überwiegend der Politik, wenngleich sie nicht auf Erbauliches und Gelehrtes verzichten.

Das ist vielleicht das Geheimnis des Überdauerns der alten Regionalzeitungen: Der Blick ihrer Redakteure für's Unmittelbare. Man braucht Zeit in Ostdeutschland, - auch um das Politisieren, Polemisieren und Skandalisieren der Medien ertragen zu lernen, das man im Westen einzuschätzen weiß. Blätter wie der „Mecklenburger Aufbruch“ hätten vielleicht manche intellektuelle und politische Lücke füllen können. Aber man kann dem Leser nicht aufzwingen, was er nicht in ausreichendem Maße will.

Eine Zeitung will nicht sterben...

...so könnte man den Zustand beschreiben, in dem sich der Mecklenburger Aufbruch nun schon seit Monaten befindet. Warum sollte sie auch. Sie hat trotz recht geringer Auflagen erreicht, was eine Zeitung will, sie hat Öffentlichkeit geschaffen. Das liegt vor allem an der Integrität derer, die das Blatt machen. Wir waren und sind bemüht, kritische Distanz zur Politik zu wahren, das hat uns nicht nur Schmeicheleien eingebracht. Der Aufbruch hat ein Feuilleton, das sich lohnt zu lesen. Gar nicht lesen mag mancher unser Blatt, weil es Dinge deutlicher beim Namen nennt als andere es tun. Es muß doch seine Bewandnis haben, daß das Umweltministerium sogar das Freiabonnement gekündigt hat.

Wir werden weiter machen mit diesem aufregenden Unterfangen und für unsere Leser und dies Land eine Öffentlichkeit zu bieten, die mehr bewirkt als den moralischen „Sieg“ über andere Blätter und Ehre für die Autoren, die diese Zeitung ausmachen.

Dennoch wird sich in Zukunft vieles bei uns ändern. Wir haben immer gehofft, wieder wöchentlich zu erscheinen, nun werden wir sogar nur noch monatlich zu haben sein. Das machen wir nicht aus Bequemlichkeit, wie Sie sich wohl denken können, es ist die Einsicht in die Notwendigkeit. Außerdem sind wir der Meinung, daß manches in der neuen Erscheinungsweise besser gelingt als jetzt. Mehr Hintergrund, mehr Reportagen zu bieten, ist das, was wir uns vorgenommen haben.

Die nächste Ausgabe wird in der ersten Aprilwoche erscheinen. Bis dahin werden wir an einer neuen Konzeption arbeiten, vor allem an einem Finanzierungskonzept. Wir bitten Sie um Ihr Verständnis, daß Sie uns seltener zu Gesicht bekommen. Hoffen, daß wir weiter Ihr Interesse an einer Zeitung wecken können, die ein bißchen anders ist als andere.

Regine Marquardt

Abonnementpreise, die bis jetzt eingegangen sind, werden selbstverständlich auf die neue Erscheinungsweise umgerechnet.

Soziales

Von Schnorrern und stillen Duldern:

Haben wir die falschen Armen im Lande?

Jüppchen gehörte bis zur Neujahrsnacht zum westfälischen Hochadel der schnorrnden Zunft. In Bielefeld hat der 59jährige zu Silvester bei Mariacron und Büchsenbier silbernes Straßenjubiläum gefeiert - 25 Jahre „Platte“, ein Methusalem unter den Berbern. Jüppchen war der klassische „Sozialschmarotzer“: er holte jede Woche 86 Mark Stütze - und profitierte daneben vom unorganisierten Mitleid fußläufiger Kaufhausbesucher. Am Neujahrmorgen holte ihn der Kältetod aus der sozialen Hängematte.

Underdogs wie ihm, ihre Zahl hat sich in einem halben Dezenium auf rund 250 000 verdreifacht, gilt der Bürgerzorn schon fast so sehr wie asylheischenden Roma-Sippen. Wer das „sozial lästige“ Pack überhaupt eines Nachdenkens würdigt, dem steigt eher der Zorn über die Kosten ihres vermeintlichen Dolce-far-niente denn Mitgefühl zu Kopf. Freilich: An den Sozialhilfeausgaben sind die auffälligen Schmuddelkinder nur mit wenig mehr als einem Prozent beteiligt - macht zwölf Pfennige pro Bundesbürger und Monat.

Renate aus Gelsenkirchen gehörte bis zu ihrem Tod am Heiligabend in die milder beurteilte Kategorie derer, die am Tropic des Sozialstaates hängen. Mit der Aufzucht von drei potentiellen Steuer- und Beitragszahlern zwischen vier und neun Jahren war die 36jährige geschiedene Mutter wenigstens halbwegs nützlich beschäftigt. Dafür zahlte ihr das Sozialamt jeden Monat 1 412 Mark und dazu eine noch etwas höhere Miete für eine 22-Quadratmeter-Nothucke - Pensionszimmer plus Etagenklo und Zweiplattenkocher - aufs Konto des Gastwirts. Auch wenn es „nicht so viel“ sein sollte, immerhin hätten sechs von zehn Bundesbürgern ihr auch weiter den bequemen Aufenthalt in der sozialen Hängematte samt der Kohle vom Amt gegönnt. Daß die junge Frau am Heiligabend Unkraut-Ex schluckte, war denn auch nach Auskunft der Polizei eher „den Wechseln des Lebens zuzurechnen“, weil ihr Konto am 20. Dezember von Gläubigern ihres Ex-Mannes abgeräumt wurde. Mit null Mark und null Pfennig das Fest der Liebe zu überstehen, das hat sie sich wohl nicht zugezogen. Auch Renate war eine Blüte sozialen Wildwuchses: Immer mal wieder nächtens nämlich, während brave Bürger neue Schaffenskraft auf tanken, wienerte sie IC-Waggons und kassierte dafür Monat für Monat zwei nicht angemeldete Extra-Hunderter.

Lauter Gauner.

Im sächsischen Plauen hat Ludowiga Hartwick den Stephanstag nicht mehr erreicht. Sie litt nicht am meteorologischen Frost und nahm kein Gift: Ihr Herz blieb einfach stehen. Die 92jährige hatte „sowieso keine Lust mehr“. Untergebracht in einem baufälligen Pflegeheim erlebte sie ihre alten Tage nur noch zwiespältig. Die neue Zeit forderte ihr Recht: Gegen 537 Mark Rente standen 1 870,60 Mark Pflegegeld. Den Differenzbetrag, so die Betreuerinnen, würde „die Wohlfahrt“ übernehmen. Als „Bettelkind“ apostrophierte sich die alte Dame fortan voll ingrinnigen Spottes.

Auch sie schierer Wildwuchs im Sozialsystem: Das Heim-Tagebuch registrierte 1990 als letzten Besucher einen Sohn „aus dem Westen“, der in Begleitung eines Notars bei der Mama aufgekruzt war zwecks Übertragung eines weitläufigen Areals vor den Toren der sächsischen Mittelstadt. Dort gedeiht gegenwärtig ein Kleingewerbegebiet. Gemunkelt wird von einem 22-Millionen-Deal mit Oma ihr'm klein' Häuschen.

Neun von zehn Bundesbürgern wünschen Leuten wie der Frau Hartwick einen menschenwürdigen Lebensabend, ungeachtet der Kosten. Ebensoviele allerdings sind davon überzeugt, daß nur eine kleine Minderheit alter Menschen am sozialen Tropic hängt. Ein groteskes Mißverständnis: sie machen mit über 60 Prozent den Löwenanteil der Hilfeempfänger aus. Und bei weitem größer als die Schäden aus den Klimpergeld-Gaunereien

rund ums soziale Netz sind jene Schäden, die womöglich aus jenen klammheimlich verhöckerten kleinen Häuschen von Omas und Opas rühren.

Wie stets, wenn es um hartnäckige Vorurteile geht, kennt jeder einen, der einen kennt, der von einem Fall besonders üblen Mißbrauchs zu berichten weiß. Gestern war es die Notdurft rumänischer Roma zwischen deutschen Gartenzweigen, gegen die eine selbsternannte Säuberungswacht buchstäblich mit „Feuer und Flamme“ angetreten ist, morgen könnte womöglich das „Gesockse“ aus dem nächstgelegenen sozialen Brennpunkt das Ziel dumpfer Wut sein. Denn der „Wildwuchs“ wuchert vermeintlich üppig.

Wer hat nie von jenen klammheimlichen Gutverdienern gehört, die sich bei der Bundesanstalt für Arbeit betrügerisch mit Taschengeld versorgen? Letzteren wird Norbert Blum bis zum Mai eine Milliarde Mark entreißen müssen, will er die Handvoll echter Arbeitsloser vor dem Absturz in die Armutseligkeit bewahren.

Stempelgeld, das hatte immer den Ruch von Suppenküche und Zilles Milljö - deshalb wird es wieder eingeführt. Wem die persönliche Würde den wöchentlichen Bettelgang verbietet, der wird verzichten. Verschämte Armut, so wissen die Wohlfahrtsverbände, hat in Deutschland heute schon um die zwei Millionen Namen; es werden demnächst wohl ein paar mehr. Vor 32 Jahren haben sich die Deutschen mit dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) ein Regelwerk verordnet, das die Abschaffung von Armut zum Ziel hatte. Ohne den Hauch eines politischen Aufwuchs zur Solidarität, ohne erklärten Solidarpakt hatten damals 50 Millionen Westdeutsche - selten mit mehr versehen als einem halbwegs regendichten Dach über dem Kopf - zwölf Millionen ausgepörrte Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen und nahezu reibungslos integriert. Kaum zehn Jahre nach dem letzten Care-Paket aus den USA wurde Armut und deren Linderung zu einem gesellschaftlichen Thema.

Als bald überzog ein für damalige Verhältnisse mustergültiges Netz sozialer Sicherung die Bonner Republik. Das BSHG war so etwas wie die Krönung. Es stellte erstmals sicher, daß dem Staat die Aufgabe obliegt, jedem seiner Bürger eine Grundversorgung zu gewährleisten. Das war, so Verfassungsrechtler, damals nicht anders als heute, keine „Wohlfahrt“, keine Gewährung von Almosen: Sozialhilfe - Dein gutes Recht, so lautete der Titel einer Broschüre der Bundesregierung, die über Jahrzehnte verteilt und erst vor zwei Jahren geräuschlos eingezogen wurde. Alles spricht dafür, daß

die Deutschen mit diesem Netz so übel nicht gefahren sind. Wer von der staatlichen Ordnung in bürgerliche Pflichten genommen wird, dem müsse auch das mindeste aller Rechte zugestanden werden - laut Verfassung das des menschenwürdigen Überlebens.

Öfter, zuletzt vor Jahresfrist in Sachen steuerbefreites Existenzminimum, mußten oberste Richter einschreiten, um fiskalischer Be-

nicht gegen die „echten“ Armen: „Sozial Schwache sollen vom Staat menschenwürdig versorgt werden!“ Diesen Satz möchten fast drei Viertel der Befragten in Ost und West unterschreiben. Diszens besteht „nur“ bei der Ermittlung der Armen. Die nämlich, so scheint es, gibt's überhaupt nicht, wenn doch, dann allenfalls in Gestalt der „paar alten Leuten im Heim oder einer Handvoll“ Mütter



Obdachlos in Deutschland: Die verdrängte Wirklichkeit

Foto: amw

gehrlichkeit auf die Finger zu klopfen oder zu verhindern, daß sich der Staat seiner Sozialverpflichtung entzieht. Populär waren solche Urteile selten. Je wohlhabender die Bundesbürger wurden, so hat es den Anschein, desto unduldsamer wurden sie gegenüber dem Phänomen Bedürftigkeit. Als 1961 das BSHG in Kraft trat und eben mal 250 000 von 60 Millionen Mitbürger betraf, die sich den damals festgesetzten Warenkorb nicht leisten konnten, wurde es von 94 Prozent der Bundesbürger „begrüßt“, zwei Jahrzehnte später - da hatten die Deutschen gerade ihre zweite Billion auf der Hohen Kante und ihre liebe Not, Einkommen halbwegs sinnvoll in Konsum umzusetzen - bezweifelten schon 33 Prozent dessen Vernunft. 1992 schließlich verweigerte eine qualifizierte Minderheit von 27 Prozent ihre Zustimmung für den Satz: „Es gibt Armut in Deutschland.“ Tendenz steigend. Beim Stichwort „Sozialhilfe“ fällt inzwischen nur noch jedem vierten Befragten der Begriff „Armut“ ein, dafür vier von fünf Befragten etwas, das in Richtung „Schmarotzer“ zielt.

Wie beim Ausländerhaß, richtet sich der Bürgerzorn auch in Sachen Sozialknete erklärtermaßen

wie Renate. Doch das Aber macht aus Flüchtlingen Asylbetrüger, aus bedürftigen Mitbürgern Sozial-Schmarotzer. Kunterbunt geht es zu, wenn vermeintlich beweiskräftig mit Zahlen jongliert wird. Ganz und gar nicht ungewöhnlich diese simple Rechnung: 800 Milliarden Mark betrage der bundesdeutsche Sozialtopf; drei Millionen Deutsche und eine Millionen Ausländer hingen dauernd am sozialen Tropic. Macht pro Nase um die 130 000 Mark. Da kommt Wut hoch. Was ist das für ein Staat, der Nichtsnutze nicht nur pappelt, sondern gleich noch übertreibt? Kennt nicht jeder fleißig malochende Familienväter, die ihre liebe Not haben, mit ihrem bescheidenen Einkommen auszukommen? Vielfach mit Beträgen unterhalb des Existenzminimums. Doch statt die verteilungspolitisch naheliegendere Frage zu stellen, weshalb ein junger Polizist, eine Krankenschwester ihre Familie kaum über die Runden bringen können, hat die kurzschlüssige Frage Konjunktur, weshalb der Staat süßes Nichtstun belohnt.

Dabei würde eine Handvoll zutreffender, vor allem vergleichbarer Zahlen reichen, die Aufregung auf Normalmaß zurückzustuten:

Am üppigen Sozial-Budget der Bundesrepublik war die „Stütze“ für bedürftige Mitbürger im vergangenen Jahr mit eben mal fünf Prozent oder rund 40 Milliarden Mark beteiligt; 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes oder 162,50 Mark pro Kopf. Das entspricht in etwa dem, was die öffentliche Verwaltung verschlingt.

Es lohnt, noch genauer hinzusehen: Der Posten „Hilfe zum Lebensunterhalt“, jene „Stütze“, die vermeintlich das Leben von Millionen in der sozialen Hängematte verstüßt, ist an den Gesamtleistungen mit weniger als 40 Prozent beteiligt. 1991 gaben die Kommunen und Kreise in Ost und West 14,4 Milliarden dafür aus; mehr als ein Viertel davon allein für die Versorgung von Asylbewerbern. Und wiederum nur 60 Prozent davon kommen auch bei den Bedürftigen an: Der Rest landet auf den Konten von Vermietern, nährt die Sozialbürokratie. Den Löwenanteil mit rund 60 Prozent verschlingt unter dem Rubrum „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ die Bekämpfung der Altersarmut, vorzugsweise in Alten- und Pflegeheimen. Selbst sozial Hartleibige unterstellen kaum, daß dort die Armut von „Ab-sahnnern“ vorgetäuscht wird: Sieben von zehn Rentnern wären außerstande, die Pflegesätze aus der Rente zu bezahlen - sie geraten nach einem arbeitsreichen Lebensbuchstaben in den Bettelstab und werden zu Taschengeldempfängern degradiert.

Dem Volkseinkommen, das 1992 pro Kopf bei netto rund 30 000 Mark lag, steht ein sozialer Armutsausgleich von durchschnittlich 12 000 Mark gegenüber - ein Fünftel weniger als in den Richtwerten der EG vorgesehen. Als „arm“ gilt, nach den Vorgaben aus Brüssel, wessen Einkommen unter der Hälfte des mittleren Pro-Kopf-Einkommens seines Landes liegt. Eine realistische Einschätzung, weiß doch selbst der spar-samste Normalverdiener, daß wenigstens zwei Drittel seines Einkommens für unabwiesbare Bedürfnisse draufgehen:

Das Statistische Bundesamt ermittelte 1991 für den 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt in Deutschland West ein Einkommen von 3 373 Mark. Davon waren 2 320 Mark für's „Allernötigste“ reserviert: Für Miete und Lebensmittel, für Energie und Körperpflege, für Kleidung und Haushalt - knapp 70 Prozent. Wer mit seinem verfügbaren Geld unter die 50-Prozent-Schwelle fällt, so ermittelt die Armutsforschung, würde die erforderlichen Schnitte nicht mehr als Armut, sondern als „Elend“ empfinden. In der Bundesrepublik liegen von zehn Haushalten zwei unter dieser Schwelle.

So sprechen Praktiker aus den Sozialämtern bei den echten Ar-

beitsexistenzen, deren Zahl sich in zehn Jahren um 74 Prozent erhöht hat, längst nicht mehr von einem „soziokulturellen Existenzminimum“, wie es der Bremer Sozialforscher Lutz Leisering fordert. So weiß beispielsweise der Chef des Sozialamtes in Bielefeld, Peter Hürholz, „daß man mit den Regelsätzen eben noch dürrig überleben, aber nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen“ kann. Er und etliche seiner Kolleginnen und Kollegen haben vor kurzem freiwillig „durchlitten“, was das heißt. Sie „bewilligten“ sich über ein Vierteljahr nur ein Budget nach den geltenden Regelsätzen - „keiner von uns kam über einen vollen Monat; spätestens am 20. war die Kasse leer. Der Selbstversuch bestätigte die bittere Regel ihres Klientel: „Ein Drittel des Monats gibt es Marmeladenbrot und Nudeln mit Ketchup.“

Gerade jetzt, da die Politik unter kaum verhülltem Beifall mit dem Rasenmäher über den „Wildwuchs“ herzufallen bereit scheint, gehen die Spitzen der Freien Wohlfahrt mit der Neuschöpfung „Nationale Armutskonferenz“ an die Öffentlichkeit. Ulrich Schneider, Sprecher der angesichts der zeitgleich festgezurrten Einschnitte ins „soziale Netz“ eher hilflos anmutenden Kreation der sechs großen Wohlfahrtsverbände: „Wir fordern gerade jetzt die existenzielle Grundsicherung für die sozial Schwachen!“ Der Trotz wird weniger helfen - wie es aussieht, sollen die unteren Etagen der Gesellschaft ihren Verteilungszank gefälligst unter sich ausmachen.

In Deutschland kann nicht von einer nach verbreiteter Überzeugung zu üppigen Versorgung der sozial Schwachen heruntergeschaltet werden auf ein niedrigeres, der allgemeinen Entwicklung angepaßtes Niveau. Das „Niveau“ ist schon ganz unten. Lutz Leisering von der Uni Bremen: „Wer Fleisch schneiden will, wo kein Fleisch mehr ist, der wird sich ins eigene Fleisch schneiden.“ Wo kein Loch mehr ist, den Gürtel enger zu schnallen, werden die schönsten Solidarappelle zur Pose. Es gehört zu den grundlegenden Mißverständnissen unserer Republik, sie habe sich zum Wohlfahrtsstaat entwickelt. Der europäische Musterknabe made in Germany ist in Sachen sozialer Mindeststandards eher ein verzogener Lämmel neureicher Eltern. Armut, so der Volksmund, schände zwar nicht, aber mit der Lebensklugheit der drei Affen sei ihr doch eher zu begegnen: „Nicht sehen, nicht hören, nicht sprechen!“

Umso mehr glauben und behaupten zu wissen, wie verbreitet der „Mißbrauch“ ausgerechnet bei den absoluten Habenichtsen ist. Grad so, als würden sich professionelle Gauner die Mühe machen mit dem „Klimpergeld“ aus den Sozialkassen. Die wenig gefragte Wirklichkeit sieht nüchterner aus: Unisono bestätigen Praktiker aus den Sozialämtern, daß der Mißbrauch unterhalb eines Promille liegt - und zwar vom tatsächlichen Betrag der an Privatpersonen ausbezahlten Hilfe. Selbst die höchsten Schätzungen reichen nicht über 250 Millionen Mark hinaus. Den 72fachen Betrag - 18 Milliarden - wird voraussichtlich allein die Treuhand auf dem Konto „Vereinigungskriminalität“ ausbuchen müssen.

Die Gemeinsamkeit der so unterschiedlichen Gruppen von Hilfsbedürftigen vom Behinderten über den Rentner und die alleinerziehende Mutter bis hin zum Berber mit der Blechbüchse zwischen den Füßen ist die Verwicklung in jenes Geflecht, das in besseren bundesrepublikanischen Zeiten als „soziales Netz“ bezeichnet wurde. Ein System der Menschenwürde, das sich die Deutschen geschaffen und in ihrer Verfassung festgeschrieben haben, um vor aller Welt zu dokumentieren, daß Solidarität machbar ist, daß Wohlstand und Wohlfahrt einander nicht ausschließen. Wenn es einen Grund gibt, stolz auf seine Nationalität zu sein, dann müßte es in Deutschland dieser sein.

Carlheinz Willmann

Gegen Laufmaschinen im sozialen Netz

Der Mißbrauch des sozialen Netzes ist ein beliebtes Argument in der politischen Diskussion, vorzugsweise in der Hand der Befürworter von Einschränkungen und Kürzungen. Um den Gehalt derartiger Argumente realistisch einschätzen zu können, empfiehlt es sich, mit kühlem Kopf die bereits zur Zeit vorhandenen Mittel in Augenschein zu nehmen, die einen Mißbrauch verhindern sollen. Dabei sei gleich eingangs die größte Keule genannt, die jedem Mitmenschen droht, der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Leistungen des sozialen Netzes zu ergattern versucht, sei es Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder andere Unterstützungen. Gemeint ist der Tatbestand des Betruges gem. § 263 StGB, der eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe vorsieht und darüber hinaus auch die Strafbarkeit des Versuches feststellt. Dabei ist es nicht erheblich, daß die betrügerische Handlung gegenüber dem Beamten erfolgt, die Geldleistung jedoch aus öffentlichen Töpfen bestritten wird. Voraussetzung für einen Betrug ist lediglich die Erzeugung eines Irrtums durch Vorspiegelung falscher oder durch

Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen und ein dadurch verursachter Vermögensschaden bei einem anderen, d.h. dem Staat. Ein Vermögensschaden liegt stets dann vor, wenn zweck-

Von Rechts wegen

gebundene Gelder zweckentfremdet angewandt werden.

Für kleine Unregelmäßigkeiten sind diese Strafvorschriften jedoch ähnlich geeignet wie Kanonen für die Spatenjagd. Deswegen sind in den betreffenden verwaltungsrechtlichen Gesetzen regelmäßig Vorschriften enthalten, die Verstöße gegen Mitwirkungspflichten und kleinere Unregelmäßigkeiten gesondert unter Strafe stellen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Straftaten im Sinne des StGB, sondern um Ordnungswidrigkeiten, die ggf. mit einem Bußgeld geahndet werden.

Grundlage für ein funktionierendes Vergabe-System von sozialen Leistungen ist stets der wahrheitsgemäße und schnelle Informationsfluß. Dementsprechend sind beispielsweise im Bereich des Arbeitsförderungsge-

zes sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer verpflichtet, bestimmte Informationen zu geben und Nachweise zu führen. Ein Arbeitsloser ist gem. § 60 Abs. 1 Nr. 2 des ersten Buches des Sozialgesetzes verpflichtet, jede Änderung der Verhältnisse mitzuteilen, auf deren Grundlage das Arbeitslosengeld gezahlt wird. Wie schnell und wie gerne wird mal für ein paar Tage, mal für Monate vergessen, dem Arbeitsamt mitzuteilen, daß man erneut Arbeit gefunden hat. Regelmäßig muß das Arbeitsamt von der Neubegründung des Arbeitsverhältnisses unterrichtet werden, weil der Arbeitgeber ebenfalls mit Strafe bewehrte Meldepflichten für seine Arbeitnehmer hat. Neben der Rückzahlungsaufforderung wird diesem ehemaligen Arbeitslosen auch ein Bußgeldbescheid in's Haus kommen. Selbstverständlich ist diese Strafe neben der Rückzahlung der zu Unrecht erhaltenen Leistungen aufzubringen. Ähnliche Regelungen finden sich überall dort, wo soziale Leistungen erbracht werden sollen. Zum Beispiel im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen in § 107 im 5. Buch des Sozialgesetzbuches

(SGB V). Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich können sogar noch teurer werden als bei dem Arbeitsförderungsgezet, so droht doch hier eine Geldbuße bis zu 5.000 Mark. Da außerdem regelmäßig auch Vorschriften vorliegen, die eine Zusammenarbeit verschiedener Behörden und Leistungsträger zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zulassen, ist das Instrumentarium fast schon beängstigend, mit dem der Mißbrauch des sozialen Netzes verfolgt werden kann. Nach dieser nüchternen Bestandsaufnahme wird deutlich, daß das Instrumentarium vorhanden ist, um Mißbrauch im sozialen Netz abzuwehren. Eine Verschärfung ist nicht erforderlich, vielmehr sollten die gegebenen Möglichkeiten zunächst einmal tatsächlich ausgenutzt werden. Für eine Reduzierung der Leistungen gibt die weiterhin bestehende Möglichkeit eines Mißbrauches im übrigen auch nichts her. Diese Reduzierung trifft regelmäßig denjenigen, der auf die betreffende Leistung angewiesen ist und der zu dieser Leistung keine Alternative hat.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

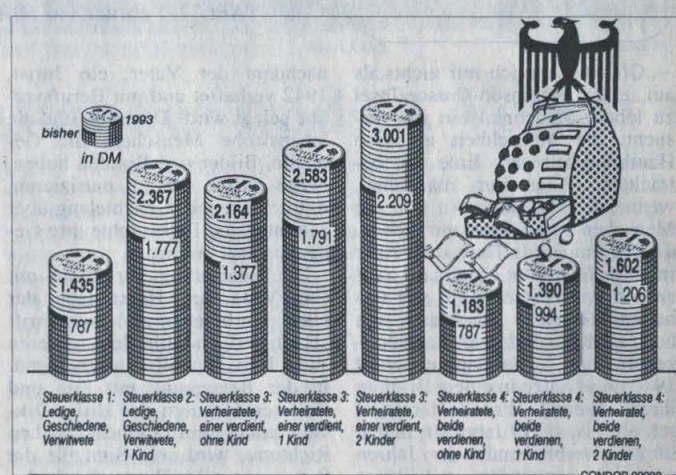
iwd

Gefährdete Gewaltenteilung

H.K.

Steuerfreier Monatsverdienst angepaßt

(CO)



Europäische Währungsunion:

Illusionärer Fahrplan

Helmut Kater

Sie sind dabei. Von Anfang an.

**„Antenne Mecklenburg-Vorpommern“ sucht
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
für Redaktion, Technik und Verwaltung.**

„Antenne Mecklenburg-Vorpommern“ ist das neue private Radio für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Für den Aufbau dieses soeben lizenzierten Senders suchen wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für alle Unternehmensbereiche: Redaktion, Technik und Verwaltung. Wenn es Sie reizt, ein kompetentes, seriöses und erfolgreiches Radioprogramm aufzubauen, schicken Sie uns bitte Ihre Bewerbungsunterlagen. Bitte teilen Sie uns mit, ab wann Sie frühestens zur Verfügung stehen. Ihre Bewerbung wird selbstverständlich diskret behandelt.

Antenne Mecklenburg-Vorpommern

Bewerbungen an:
Stichwort „Antenne“, Mecklenburger Verlag GmbH
Q-2750 Schwerin, Puschkinstraße 19

Anzeigen

**Peter Meincke, Fischbeker
Holtweg 60, W-2140 Ham-
burg 92**

Suche preiswerte Steh-
lampe.

**Gabriele Endreß, Men-
delejewstr. 22, O-2793
Schwerin**

Biete zwei Polstersessel der 50er Jahre, neu bezogen, je 50 DM.

Telefon: 21 49 52

Wir bringen Ihre Anzeige!

- schnell...
- einfach...

Setzen Sie den Text Ihrer Wahl in den nebenstehenden Coupon ein - wir drucken ihn für Sie innerhalb einer Woche.

Und das ganze ist für
Privatanzeigen

kostenlos

Für gewerbliche Kleinanzeigen beträgt
der Preis pauschal 20 DM
(max. 5 Zeilen) inkl. MwSt.

Eine besondere Rechnung wird nicht erstellt. Abdruck nur gegen Vorkasse (bar oder Scheck).

Bitte veröffentlichen Sie folgende Anzeige:

[illegible]

Abende

Nachname, Vorname

Unterschrift

Step 2.

PLZ/Or

Telephone

Senden Sie
Ihre Anzeige
an

MECKLENBURGER AUFBRUCH

"Kleinanzeigen": Puschkinstr. 19 · O-2750 Schwerin

Kultur

Fett und Raum und Zeit

Ein Joseph Beuys-Remake im Landesmuseum Darmstadt

Am 20. März 1967 fand in den Galerieräumen von Franz Dahlem in der Darmstädter Ahastraße die 10-Stunden-Aktion „Hauptstrom“ statt, als Eröffnung der Ausstellung FETTRAUM, die einige Tage als anschauliches Demonstrationsmodell des Werkstoffes Fett für das Publikum geöffnet war.

Der herausragende Stellenwert der Aktion „Hauptstrom“ und der Ausstellung FETTRAUM im Schaffen von Joseph Beuys liegt in der Konzentration auf das Material Fett. Erstmals stellte der Künstler Fett als universelles plastisches Gestaltungsmittel vor. Im Verlauf der Aktion - begleitet von der Musik von Henning Christiansen - entwarf Beuys bildhaft-plastische Formulierungen seiner visionären Sicht auf neue, noch zu ent-

wickelnde Qualitäten menschlichen Daseins. In etwa zehn verschiedenen Aktionshandlungen, die während der zehn Stunden variiert und wiederholt wurden, nahm Beuys Bezug auf elementare Körperpositionen und sinnbezogene Tätigkeitsformen, wobei der ausdrucksstarke Umgang mit plastischen Ausformungen mittels Fett im Vordergrund stand. Auf diese Weise führte Beuys die Grundlagen der menschlichen Existenz in Raum und Zeit vor und definierte sie neu.

In einem zweiteiligen Projekt (Ausstellung und Buchpublikation) sollen vom 27. Februar bis zum 2. Mai im Hessischen Landesmuseum Darmstadt „Hauptstrom“ FETTRAUM in ihrer historischen und aktuellen Bedeutung - auch als

ein Darmstädter Avantgarde-Ereignis - rekonstruiert und bearbeitet werden. Grundlage hierfür sind bislang unveröffentlichte Fotografien von Camillo Fischer (Bonn), die das Aktionsgeschehen in seinen wesentlichen Stationen festhalten. Anhand eigener Statements von Beuys und Christiansen, Gesprächen mit Aktionsteilnehmern, Pressenotizen der Zeit, Zeichnungen und Multiples von Beuys aus dem Umkreis von „Hauptstrom“ und den „Aktivitäten“ des „Hauptstrom“-Stempels, mit dem der Künstler alte und neue Arbeiten gleichermaßen markierte, vor allem aber auf der Grundlage des Fotomaterials soll versucht werden, diese wichtige Aktion von Beuys zu dokumentieren und ihren Stellenwert innerhalb des Gesamtwerkes zu beleuchten.

Idee und Konzeption der Ausstellung stammen von Prof. Dr. Eva Huber (Darmstadt), die an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach lehrt. Sie ist auch Verfasserin des zur Ausstellung erscheinenden, reich bebilderten Buches.

Zur Ausstellungseröffnung am 26. Februar wird es eine Performance von Henning Christiansen geben und Einführungen von Prof. Dr. Eva Huber und Dr. Eduard Beaucamp. Beginn: 19.30 Uhr

Das Buch zur Ausstellung: Eva Huber, Joseph Beuys „Hauptstrom“ und FETTRAUM. Musik Henning Christiansen. Ein Lehrstück für die fünf Sinne, Darmstadt, 1992 (Verlag Jürgen Häusser, Darmstadt), Preis 35 Mark

Kalenderblatt

„Oft wünsche ich mir nichts, als auf einer Robinson-Crusoe-Insel zu leben. Manchmal bin ich versucht, die Menschheit als eine Hautkrankheit der Erde zu betrachten. Aber nur manchmal, wenn ich sehr müde bin und die Menschen so groß vor mir stehen, die schlimmer als Tiere sind. Aber im Grunde kommt es ja nur darauf an, ob wir bestehen, ob wir uns halten können in der Masse, die nach nichts anderem als nach Nutzen trachtet.“ Als Sophie Scholl 1940 diese Sätze in einem Brief an ihren Freund Fritz Hartnagel schreibt, ist sie 19 Jahre alt. In den ihr noch verbleibenden drei Jahren wird sie gemeinsam mit ihrem Bruder Hans, der in München die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ gründet, versuchen, gegen die Phrase und die Lüge der Reinheit der Gesinnung und den Mut zur Wahrheit zu setzen“ (Theodor Heuss); denn „ist der Geist gefährdet“, notiert Hans Scholl, „so ist die menschliche Existenz umsonst“. Aus dieser Erkenntnis und einem tiefen christlichen Ethos heraus finden die Geschwister, die durchaus nicht zu Märtyrern geboren sind, die Kraft zum Widerstand gegen die Nazi-Diktatur.

Ihr Lebensweg - Sophie wird am 9. Mai 1921 in Forchtenberg, Hans am 22. September 1918 in Ingersheim geboren - verläuft zunächst wie der vieler anderer junger Menschen in Nazideutschland: Schule, HJ, BDM, Arbeits- und Wehrdienst, Studium, Abkommandierung an die Front oder in den Rüstungsbetrieb. Was sie von vielen anderen unterscheidet, ist das Elternhaus, das sie in Ehrfurcht vor den Leistungen des Geistes erzieht. Rilke, George, Bernanos, Gide, Pascal, Mozart, Bach, Beethoven und Schubert sind ihnen wichtig. Die Zeilen „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten“ aus Goethes Gedicht „Feiger Gedanken ...“ gelten als Motto für die Handlungen der Familienmitglieder, auch oder gerade

nachdem der Vater, ein Jurist, 1942 verhaftet und mit Berufsverbot belegt wird. Dennoch sind sie lebensfrohe Menschen, die Gedichte, Bilder und Blumen lieben, gerne reisen, tanzen, musizieren, mit den Freunden nächtelang über Literatur und Philosophie ihre Gedanken austauschen.

Die Begegnung vor allem mit Carl Muth, dem Herausgeber der eben verbotenen Monatsschrift „Hochland“ ist für den weiteren Weg Hans Scholls entscheidend. In der Begegnung mit ihm und weiteren Gegnern der Hitler-Diktatur erhält sein tastendes Suchen Richtung, wird sein Sinn für die Perversion aller Werte durch das braune Regime geschärft. Von nun an bezeichnet er sich als einen „homo viator“ (Mensch auf dem Weg). Er wird diesen Weg bis zum bitteren Ende gehen. „Einer muß ja reden, wenn alle schweigen.“

Zu den gleichgesinnten Freunden, die Hans und Sophie Scholl um sich scharen, gehört der am 6. November 1919 geborene Christoph Probst, der in seiner Familie - die Stiefmutter ist Halbjüdin - früh mit dem Rassenwahnsinn der

Nationalsozialisten konfrontiert wird. Die erste Begegnung mit Hans Scholl erfolgt auf einem der Leseabende im Hause des Freundes Alexander Schmorell. Spontane Zuneigung, die auf geistiger Übereinstimmung und der gemeinsamen Leidenschaft fürs Bergsteigen und Skifahren beruht, verbindet Probst und Scholl sogleich. Hans Scholl schreibt an Otl Aicher: „Von dem Kreis, welchen ich hier zusammengebracht habe, wirst Du schon gehört haben. Du würdest Deine Freude an den Gesichtern haben, wenn Du sie sehen könntest. Alle Kraft, die man dort verschwendet, fließt unvermindert wieder zurück ins eigene Herz. Nur ein Schwächling verschwendet sich nicht. Der Dumme schweigt, weil er nicht reden kann, und der Phantasielose markiert den harten, unbeweglichen Mann.“ Die Mitglieder der Widerstandsgruppe „Die weiße Rose“ entwerfen, drucken und verteilen Flugblätter, schreiben ihre Aufrufe gegen den Krieg an die Mauern der Münchner Häuser.

Als Hans und Sophie Scholl am 18. Februar 1943 von der Brüstung

des Atriums der Münchener Universität Flugblätter werfen, in denen zur Beendigung des Krieges aufgerufen wird, werden sie erkannt und verhaftet. Vier Tage später, am 22. Februar vor 50 Jahren, werden sie vom Volksgerichtshof Freislers zum Tode verurteilt. Noch am Nachmittag des gleichen Tages sterben sie in der Haftanstalt München-Stadelheim unter dem Fallbeil. Mit ihnen gemeinsam wird Christoph Probst hingerichtet, der an den Entwürfen und Formulierungen der Flugblätter „Kommilitoneninnen und Kommilitonen!“ beteiligt war. Der 24-jährige Hans Scholl stirbt mit den Worten „Es lebe die Freiheit!“. Seine drei Jahre jüngere Schwester geht wortlos in den Tod. „Lieber unerträglichen Schmerz als ein empfindungsloses Dahinleben“ steht in ihrem Tagebuch.

„Die Dichter und Denker holt in Deutschland der Henker“, schrieb Brecht, bevor er ins Exil ging. Heute wird mancherorts die Umbenennung der Straßen gefordert, die den Namen der Geschwister Scholl tragen. **Dorothee Trapp**



Hans Scholl, geb. 22.9.1918, Student der Medizin, hingerichtet am 22.2.1943



Sophie Scholl, geb. 9.5.1921, Studentin der Biologie und Philosophie, hingerichtet am 22.2.1943



Christoph Probst geb. 6.11.1919, Student der Medizin, hingerichtet am 22.2.1943

Else Lasker-Schüler
Mein stilles Lied

Mein Herz ist eine traurige Zeit,
Die tonlos tickt.

Meine Mutter hatte goldene Flügel,
Die keine Welt fanden.

Horcht, mich sucht meine Mutter,
Lichte sind ihre Finger und ihre Füße wandernde Träume.

Und süße Wetter mit blauen Wehen
Wärmen meine Schummer

Immer in den Nächten,
Deren Tage meiner Mutter Krone tragen.

Und ich trinke aus dem Monde stillen Wein,
Wenn die Nacht einsam kommt.

Meine Lieder trugen des Sommers Bläue
Und kehrten düster heim.

Verhöhnt habt ihr mir meine Lippe
Und redet mit mir.

Doch ich griff nach euren Händen,
Denn meine Liebe ist ein Kind und wollte spielen.

Einen nahm ich von euch und den zweiten
Und küßte ihn,

Aber meine Blicke blieben rückwärts gerichtet
Meiner Seele zu.

Arm bin ich geworden
An eurer bettelnden Wohltat.

Und ich wußte nichts vom Kranksein,
Und bin krank von euch,

Und nichts ist diebischer als Kränke,
Sie bricht dem Leben die Füße,

Stielt dem Grabweg das Licht,
Und verleumdet den Tod.

Aber mein Auge
Ist der Gipfel der Zeit,

Sein Leuchten küßt
Gottes Saum.

Und ich will euch noch mehr sagen,
Bevor es finster wird zwischen uns.

Bist du der Jüngste von euch,
So solltest du mein Ältestes wissen.

Auf deiner Seele werden es fortan
Alle Welten spielen.

Und die Nacht wird es wehklagen
Dem Tag.

Ich bin der Hieroglyph,
Der unter der Schöpfung steht.

Und ich artete mich nach euch,
Der Sehnsucht nach dem Menschen wegen.

Ich riß die ewigen Blicke von meinen Augen,
Das siegende Licht von meinen Lippen -

Weißt du einen schwereren Gefangenen,
Einen böseren Zauberer, denn ich.

Und meine Arme, die sich heben wollen,
Sinken ...

„Das Geschlecht der Engel“, Gedichte von Else Lasker-Schüler bis Barbara Maria Kloos, Herausgegeben von Christine Herbst, Serie Piper Band 1511, München Zürich 1992

Ich abonniere den
Mecklenburger Aufbruch

Name/Vorname _____
Straßen/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____

Der Preis schließt die Zustellgebühr ein.
Das Abonnement verlängert sich
jeweils um ein weiteres Jahr,
wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf
gekündigt wird.

Zahlungsweise: ☐ Ich wähle das Abo für 20,00 DM
☐ Ich wähle das Förder-Abo für 50,00 DM
☐ Ich wähle das Sonder-Förder-Abo für 100,00 DM
☐ Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).
☐ Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:

Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Umwelt

Der Sachzwang auf unserer Seite

Das Modell der Erhebung von Autobahn-Gebühren darf nicht voreilig abqualifiziert werden

Würde Bundesverkehrsminister Günther Krause morgen früh einen ganz tollen, ökologisch ausselektierten Vorschlag zur Zukunft des deutschen Verkehrs machen, seine Dauer-Kritiker täten's nicht merken. So klar und festgelegt ist die Front-Stellung zwischen dem als hochgradiger Autofetischist geltenden Minister und den auf einer gegenteiligen Politik bestehenden Umweltschützern, daß allein schon das Ansinnen, die Gedankengänge der jeweils anderen Seite auch nur vorvoreingenommen zu prüfen, als Zumutung empfunden wird.

Deswegen hatten die Umwelt-Organisationen vom VCD bis zum BUND vorletzte Woche den Mund auch schon zum gemeinschaftlichen Protest-Schrei geöffnet, als Krause sein neues Autobahngeld-Modell noch gar nicht zu Ende vorgestellt hatte: „Sinnlos“, tönte der Verkehrs-Club Deutschlands, „Bankrotterklärung“ ergänzte das Freiburger Öko-Institut. Und selbst die ansonsten eher regierungs-fromme Gewerkschaft der Polizei (GdP) verwahrte sich schon mal dagegen, die Einhaltung des geplanten Vignetten-Systems durch deutsche Polizeibeamte kontrollieren zu lassen.

Was aber eigentlich an der Krause-Idee so herausragend schädlich und widersinnig sein soll, erschließt sich bei näherer Betrachtung durchaus nicht so spontan, wie die abonnierten Kritiker des Ministers Glauben machen wollen:

- Ab 1994, so der Krause-Vorschlag, soll für die Benutzung der deutschen Autobahnen eine Gebühr erhoben werden, für Privatwagen jährlich 360 Mark, monatlich 60 Mark und wöchentlich 25 Mark. Zunächst, bis zur Einführung eines „elektronischen Maut-Systems“, wird das Geld, sofern's nach Krauses Willen geht, per Vignetten-Verkauf eingetrieben;

- parallel dazu will der Minister die Autobahnen privatisieren. Das Interesse an den Aktien der zu gründenden „Autobahn AG“ soll durch die Kombinierung der Privatisierung mit dem neuen Maut-System geweckt werden.

Mit den Milliarden-Einnahmen aus der Autobahn-Maut will Krause

se nicht nur den Bau weiterer Straßen und vor allem Autobahnen, sondern auch die Bahn-Reform finanzieren, die dem Bund bei einem geschätzten Finanzbedarf von rund 60 Milliarden Mark schon über den Kopf gewachsen ist, bevor sie überhaupt gestartet wurde.

Zweierlei ist festzuhalten: Die Grob-Richtung, Autofahren teurer zu machen, kann niemand als falsch bezeichnen, der eben dies jahrelang vergeblich gefordert hat. Sicher ist der Erhöhung der Mineralölsteuer sei der gerechtere und ökologisch auch wirklich schlüssige Weg, weil er die tatsächlich vom Einzelnen gefahrenen Kilometer zum Maßstab nähme. Aber es ist kontraproduktiv, darüber zu vergessen, daß mit dem Vignetten-Modell erstmals ein Konzept aus dem Bundesverkehrsministerium auf dem Tisch liegt, das sich nicht von vornherein auf das pure Gegenteil des ökologisch Vernünftigen versteift. Daran läßt sich diskutieren, daran kann man arbeiten; für die Verhältnisse des auf den Individualverkehr fixierten Krause hat das nachgerade schon die Qualität eines ernsthaften Dialog-Angebots.

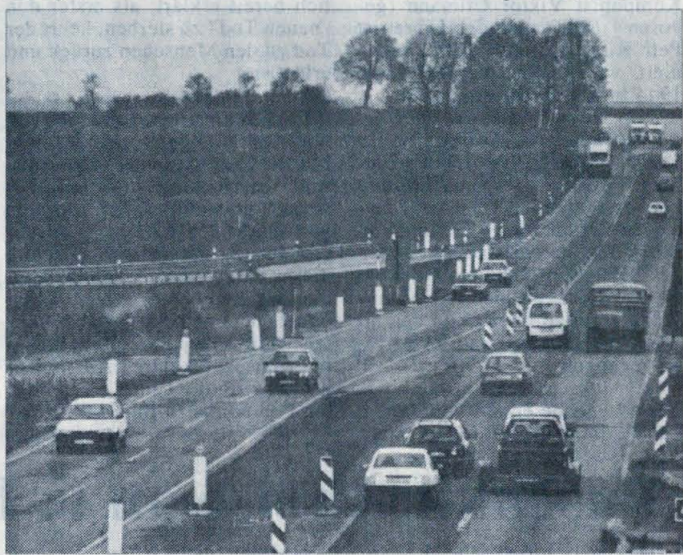
Und zum zweiten hat es ja eine ganze Menge für sich, das fehlende Geld für die Bahn-Reform bei den Autofahrern abzukassieren – und nicht, beispielsweise, wiederum bei Arbeitslosen oder Sozialhilfe-Empfängern. Aus dem Hause Krause sind wir ganz andere Krutitäten gewohnt, als daß es zu verantworten wäre, das Maut-Privatisierungs-Modell nicht zumindest in positiver Grundstimmung ernstzunehmen. Auch hier gilt: Wir haben etwas, worüber zu reden sich lohnt.

Manchmal ist ja erhellend sich anzuschauen, mit wem man in einer Auseinandersetzung wie dieser an einem Strang zieht: so müßte es sowohl den BUND als auch den ADAC, sowohl die Grünen als auch die FDP stutzig machen, daß sie in der vernichtenden Kritik am Krause-Vorschlag effektiv übereinstimmen. Vereinfacht gesagt: Was der Auto-Lobby wehtut, kann so daneben nun auch wieder nicht sein, daß die Anti-Auto-Lobby

gleichfalls Aua schreien müßte. Die vom Verkehrs-Minister, der sich allzulange schwerpunktmäßig als Autominister verstanden hat, höchst selbst losgetretene Debatte über die „Abkassiererei“ (so die FDP-Kritik) bei den Autofahrern öffnet der ökologischen Opposition bisher ungeahnte Möglichkeiten, mit sinnvollen Alternativ-Vorschlägen nicht nur öffentlichen

bejammerten Grenzen und Mauern.

Ich oder das Chaos! sagt der bedeutungsschwangere Krause wie immer. Er werde, so tönt er, „für dieses Konzept kämpfen, sonst droht uns aufgrund unserer Lage in der Mitte Europas der Verkehrstod“. Daß als Ergebnis der fürwahr verantwortungslosen bundesdeutschen Verkehrspolitik der zurück-



Wenn's nach Minister Krause geht, wird Autobahn-Fahren demnächst zum reinen Privatvergnügen

Gehör zu finden, sondern auch tatsächlich Handlungs-Druck auf die Regierung auszuüben. Da darf man nicht am lieb gewordenen Klichée von der PS-versessenen Ossie-Knallcharge Krause hängen bleiben, sondern muß den Vielgescholtenen als Diskussions-Partner ernstnehmen.

Daß der ob seiner Geltungssucht und seinem Unentbehrlichkeits-Wahn oft lästige bis schädliche Wismaraner sein Modell sogleich mit ungewiß in's Weite schweifendem Blick im Fernsehen als probates Mittel gegen eine bis „spätestens 2010“ über uns hinwegschwappende Flut von „9,5 Millionen Osteuropäern“ deklariert hat, die „Deutschland durchqueren“, sollte uns bei alledem nicht sonderlich irritieren; das ist der ganz normale Wahnsinn in diesen Zeiten der neurotischen Abrenzung und Einmauerungs-Versessenheit nach der Tilgung aller zuvor gar so

liegenden vierzig Jahre Tausende von Menschen auf unseren Straßen einen grausamen, schuldhaft herbeigeführten Verkehrstod gestorben sind und fortgesetzt weiter sterben, ist für den Mann eine vernachlässigbare Größe, sozusagen eine gelinde unerfreuliche statistische Konstante; der Tod sozusagen, mit dem zu leben sich dem modernen Menschen ziemt. Aber mit ein bißchen mehr als nur mit Glück, nämlich mit Geschick ließe sich womöglich aus dem hochtrabend-unbeholfenen und denkbar verständnislos begründeten Krause-Vorschlag der Ansatz einer Verkehrs-Wende schaffen. Man muß nur wollen, was man der regierenden Gegenseite partout nicht zutraut: Über den eigenen Schatten springen. Es darf diskutiert werden, der Sachzwang, Geld für unabweisbare Aufgaben zu erwirtschaften, ist auf unserer Seite.

Michael Will

Müll für die Hauptstadt

Wohin mit dem Müll? Das fragen sich die Müll-Dezernenten und die Müll-Beigeordneten von Kap Arcona bis Konstanz am Bodensee. So ein Müll-Verantwortlicher zählt zu den bestbezahlten armen Schweinen der Republik: Er muß dafür sorgen, daß die faulenden und säftelnden, stinkenden und giftenden Rest-Mengen der pausbäckigen Gesamt-Verbraucherei irgendwo verschwinden, - also irrt der Müll-Verantwortliche mit seiner stinkenden Bürde durch die Gegend auf der Suche nach einem freien Loch, in dem sich unauffällig ein paar Tönnchen versenken lassen. Doch meistens sind alle Löcher schon voll bis über den Rand, oder es steht irgendein pausbäckiger Verbraucher davor, der in seiner Eigenschaft als Loch-Anwohner die Backen noch ein bißchen praller aufbläst, weil Müll im Wohnumfeld nun mal gegen die Menschenrechte (oder zumindest gegen irgendwas sehr nahe damit Verwandtes) verstößt.

Bisher habe ich mich mit dieser fremden, fernen Welt des täglichen Müll-Irrsinns nur rein theoretisch auseinandergesetzt. Daß auch ich selbst mit meinem hohen Wegschmeiß-Faktor ein persönlichkeits-gespaltener Müll-Idiot bin, schien mir einigermaßen gedeckt durch die Schärfe meiner müllidiotie-kritischen Abhandlungen. Doch jetzt ist der Müll-Notstand auf eine Weise bei mir ausgebrochen, daß ich dafür vielleicht die Augen, keinesfalls aber mehr die Nase verschließen kann: In dem schmucken Dörflein nahe Schwerin, wo wir seit kurzem wohnen, ist man wenigstens in einem Punkt radikal: Müll vor'm Haus, - niemals! Aber auf der Kreisverwaltung beschied mich eine nette ältere Dame, eine Mülltonne könne ich erst Anfang März bekommen. Das sei nun einmal so.

Zaghafte wandte ich ein, es sei doch gerade erst Anfang Februar, und ob es denn das Amt gar nicht interessiere, wie sich's lebt so ganz ohne Müllabfuhr. Es ginge nun mal nicht anders, bekräftigte sie mit gesprächsbeendender Freundlichkeit. Was will man gegen die Allmacht des Absurden tun! Es wurde spontan klar, daß es hier eher ein Flugticket zum Kap der Guten Hoffnung geben würde als eine Mülltonne für die nächsten fünfundsiebenzig Tage.

Seitdem packe ich den Müll meiner immerhin vierköpfigen Familie immer kurz vor Hereinbrechen der Dunkelheit in blaue Säcke, schaffe sie sodann in den Kofferraum meines Kleinwagens und fahre los ins Nichts. Spätestens auf der Höhe von Raben Steinfeld riecht es in der Auto wie auf der Deponie Schönberg an den Auslaufstellen des Sickerwassers. Wenn ich dann die Ränder des Großen Dreesch erreiche, flackere ich schon unruhig mit den Augen, spähdend nach Ablagerungs-Gelegenheiten für meine stinkende Fracht. Aber nichts geht: Am ersten Container zündet eine Gruppe im Halbkreis stehender Halbstarker eine Zigarette an der anderen an, am nächsten entleert einer im grellen Jogging-Anzug Mülleimer auf Mülleimer, und am dritten wartet unweigerlich ein Mensch mit Schirmmütze darauf, in einen zur Abholung haltenden Trabi zu steigen.

Ich beginne zu verzweifeln, - abweisend und kaltherzig ist die Landeshauptstadt mit uns Müll-Frevlern des täglichen Bedarfs. Nach einer halben Stunde des ratlosen Umherfahrens gewinnen meine Müll-Phantasien an Zugelosigkeit: Wie, wenn ich das Zeug einfach irgendwo in den Wald kippe? Oder es - noch einfacher - bei langsame Fahrt Stück für Stück zum Seitenfenster hinausdrücke? Da! Am Straßenrand lachen mich drei rostige Müll-Container an, unbewacht und weitab von jeglicher Straßenbeleuchtung. Ich halte mit quietschenden Bremsen an: Endlich allein! jubelt's in mir, während ich den ersten blauen Sack aus dem Wagen zerre und zum Container schleppe. Doch alles ist wieder nichts: Voller als dieser kann kein Müll-Behälter sein.

Den Tränen ebenso nah wie meinem stinkenden Abfall fahre ich wieder los. Zuhause angekommen, schüttele ich auf den fragenden Blick meiner Freundin nur stumm den Kopf. Ich lege das Problem zurück in den Schoß der Familie. Und da wird es bleiben, bis der Landkreis die Mülltonnen bringt. Wenigstens steuern wir jetzt auf eine sinnliche Erfahrung zu, wie das ist, wenn eine Gesellschaft an ihrem eigenen Müll erstickt.

Waldemar Schlegel

AKW Brunsbüttel: Rissige Schweißnähte

Die Vorstellungen der Teilnehmer an den Atomausstiegs-Gesprächen treffen sich im Unendlichen

Offiziell sollten sie die Rohre verschiedener AKW's auf ihre Sicherheit hin untersuchen. Aber intern lautete die Anweisung, „bei der Überprüfung von Schweißnähten nicht zu viele Fehler zu finden“. Das erklärten zwei Mitarbeiter der inzwischen aufgelösten Hamburger Firma AWECO gegenüber dem Magazin „Focus“. Außerdem seien Röntgen-Aufnahmen von schadhafte Schweißnähten verschwunden und Bezifferungen in den Planungsunterlagen verändert worden. Viele Mitarbeiter der Firma seien innerhalb von zwei bis drei Wochen angelernt worden und entsprechend wenig qualifiziert für ihren Job gewesen.

Die beiden Informanten berichteten, daß die AWECO sowohl im AKW Brunsbüttel als auch in Krümmel und Biblis gearbeitet habe. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) geht davon aus, daß es sich hierbei keineswegs um Einzelfälle handelt.

Das schleswig-holsteinische Energieministerium versuchte sogleich, Handlungsunfähigkeit zu beweisen und beauftragte die Staatsanwaltschaft, die Vorwürfe zu überprüfen. Karsten Hinrichsen, grüner Kreisbeigeordneter im Kreis Steinburg, sieht darin aber eher ein Ablenkungsmanöver von staatlicher Verantwortung. „Wenn Gutachten und Röntgenaufnahmen verschwinden, müßte das ja wohl auch in den Behörden und beim TÜV auffallen“.

Auch ein Sprecher der Betreiberin, der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW), wies darauf hin, daß die Sicherheitsüberprüfungen

von staatlich beauftragten Stellen gegengecheckt würden.

Der Leiter des Brunsbütteler Kraftwerks, Volker Brodter, hat inzwischen bestätigt, daß AWE-CO-Mitarbeiter in den Achtziger Jahren Untersuchungen durchgeführt hätten, - allerdings nicht in direktem Auftrag der HEW, son-

im Lagerdruckwasser, 68 im Kühlmittelreinigungs- und zwei im Spülwasser-System. Alle drei Betriebe seien „nicht unmittelbar sicherheitsrelevant“, behaupten die Elektrizitäts-Werke.

Aber die jetzt entdeckten Risse sind nicht die einzigen Hinweise darauf, daß es mit der Sicherheit

Jansen, den Reaktor stillzulegen. Töpfer sah sich durch die kurze Frist überfordert, Jansen schaltete den Meiler dennoch nicht ab. Die Leitung blieb weiter unbegutachtet. Auch die Absperr-Ventile für die Rohre, die durch den Sicherheitsbehälter des Reaktors durchstoßen, sind in Brunsbüttel schon mehrfach deformiert worden, zuletzt im Mai letzten Jahres. Und obwohl die HEW seit längerem den Antrag gestellt hat, auch anderswo als im unmittelbaren Sicherheitsbereich widerstandsfähigere Rohre aus titanischem Stahl einzubauen, hat sie bisher dafür keine Genehmigung aus Kiel bekommen. Begründung: Ohne eine Globallüberprüfung dürfen die spröden Rohre aus ferritischem Stahl nicht ausgetauscht werden.

Vor diesem Hintergrund dümpeln die Spitzengespräche über einen neuen Energie-Konsens so vor sich hin: Zwar haben sich die Herren Fischer, Töpfer, Schröder und Rexrodt kürzlich zu einem ersten Termin zusammengefunden, doch treffen sich die Zielvorstellungen

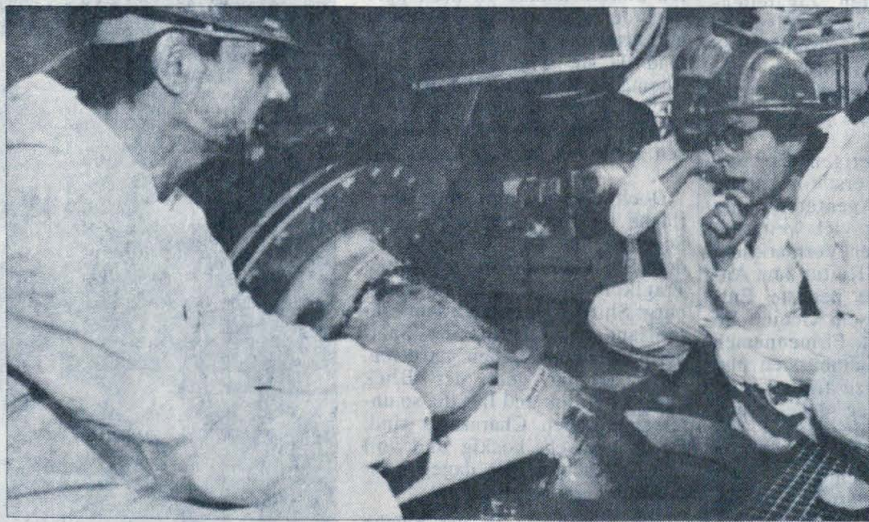
der Beteiligten nach wie vor im Unendlichen. Während Joschka Fischer und auch der rot-grüne niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder unverändert auf die sofortige Einleitung des Ausstiegs aus der Atom-Technologie pochen, ist es Töpfers Lieblings-Attitüde, unter Verweis auf die - verglichen mit der Kohle - hohe „Umweltfreundlichkeit“ der Produktion von Atomstrom „Augen zu und durch“ in Bezug auf die Risiken der Technologie insgesamt und der atomaren Entsorgung im besonderen zu propagieren. Und der im Amt noch frische Wirtschaftsminister Günther Rexrodt weiß wohl nicht so recht: Bei öffentlichen Auftritten preist er die Atomkraft als „unverzichtbar“ an; während er im kleinen Kreis, wie der grüne Hesse Joschka Fischer zu berichten weiß, eine gewisse Nachdenklichkeit erkennen läßt. Ja, wenn sich bei den Politikern in Bonn und anderswo private Einsicht und politisches Handeln vertauschen ließen, dann hätten Einige, denen das sonst kaum zuzutrauen gewesen wäre, eine Unmoral im Privatleben und eine Moral in der Politik, daß man sich schwer wundern müßte.

Das von Energiewirtschaftskreisen angezeigte Streben nach einem neuen Energiekonsens droht in Dialog-Zeremonien zu enden, die ernsthafter Auseinandersetzung kaum noch Raum lassen: Wir müssen Energie sparen, sagt der CDU-Bundesumweltminister. Wir müssen Energie sparen, sagt der grüne Landesumweltminister. Wir müssen Energie sparen, sagt der

FDP-Wirtschaftsminister. Wir müssen Energie sparen, sagt der SPD-Ministerpräsident. Aber während die einen die Atomkraft für ein probates Mittel dazu halten, sehen die anderen im rigorosen Verzicht auf sie die Voraussetzung des von ihnen geforderten neuen Denkens.

Immerhin wird es jetzt eine Arbeitsgruppe geben, an der neben Vertretern der Regierungsseite und der rot-grünen Opponenten auch Repräsentanten der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Umweltverbände teilnehmen sollen.

Vieles deutet darauf hin, daß die neue konzertierte Energie-Aktion ein Schattendasein neben der realen Politik und dem oppositionellen Geklapper dazu führen wird: Die Regierung wird an den AKW's und ihrem von der Hand in den Mund geschöpften Entsorgungskonzept festhalten, während die Opposition in den von ihr regierten Ländern atomare Ausstiegs-Szenarien zuhauf präsentiert, die aber allesamt ohne ein gleichgerichtetes Regierungs-Handeln in Bonn nicht realisierbar sind. So bleibt der Frust als blockpolitisches Zeremonium anstelle der Bereitschaft, ganz einfache Dinge zu lernen, - zum Beispiel die Selbstverständlichkeit, daß eine Gruppe wie das jetzt in's Leben gerufene Experten-Gremium mit allem Sachverstand und mit offenem Ende zu diskutieren hat und nicht unter keinen Zentimeter Bodens preisgebenden politischen Vorgaben.



Demonstration von Rißschäden im Kernkraftwerk Brunsbüttel

Foto: DER SPIEGEL

dem als Subauftragsnehmer, vermutlich von Siemens. Besonders unangenehm sind die neuen Veröffentlichungen für die AKW-Betreiber in Brunsbüttel deswegen, weil in den letzten Tagen Informationen über zahlreiche Risse im Rohrsystem bekannt wurden. 119 wurden nach Angaben der Betreiber inzwischen entdeckt, davon 49

des 1976 ans Netz gegangenen AKW's Brunsbüttel nicht weit her ist. So wurde die Kühlmittel-Leitung außerhalb des Sicherheitsbehälters nie untersucht, weswegen Energieminister Günther Jansen seinem Amtskollegen Klaus Töpfer in Bonn im September 1989 ein Ultimatum stellte. Ohne eine sofortige Überprüfung drohte

der Reaktor stillzulegen. Töpfer sah sich durch die kurze Frist überfordert, Jansen schaltete den Meiler dennoch nicht ab. Die Leitung blieb weiter unbegutachtet. Auch die Absperr-Ventile für die Rohre, die durch den Sicherheitsbehälter des Reaktors durchstoßen, sind in Brunsbüttel schon mehrfach deformiert worden, zuletzt im Mai letzten Jahres. Und obwohl die HEW seit längerem den Antrag gestellt hat, auch anderswo als im unmittelbaren Sicherheitsbereich widerstandsfähigere Rohre aus titanischem Stahl einzubauen, hat sie bisher dafür keine Genehmigung aus Kiel bekommen. Begründung: Ohne eine Globallüberprüfung dürfen die spröden Rohre aus ferritischem Stahl nicht ausgetauscht werden.

In Tesdörp heit hei Josef

Tesdörp, dat olle Buerndörp bän-
en wat südwestlich von Zarrentin
in Schaalsee, wier gaud veerdig
Johr lang von unse Landkorden
verswunnen. So as alle Dörp-
erkeet an denn Iesernen Vöhrang;
up de Ostkorden wieren disse
Ortschaften gort nich ierst inte-
gend, un de Westdutschen wieren
up sowat so oder so nich sonner-
lich scharp. Dat wier äben so as
dat wier: Dormit basta.

Nu liggt Tesdörp wedder mid-
den in Dütschland. Un de groten,
mächtigen strohdäkten Buernhüs-
en schünen stah hier un dor üm-
mer noch up de ollen Hoffstädten.
De einen so gaud erhollen as dat
man irgend güng, de annern ban-
nig dull verfullen. So as öwerall
in Dütschland. Un de wat lütteren
Hüs hebbt nah olle meckelnbor-
ger Ort hoge Däker, rode Wänn
un mitte Finsterkrüze. Mit de
Wech is dat nich anners. Olle
meckelnborgsche Wech. De be-
steht ut drei Grabens. In' middel-
sten ward führt.

Awer, Betonverbundplaster
hüt ok all tau dat Dörpbild,
un de Hauptstraat dörch dat Dörp
is nich mihr ein Kolonnenwech
vör Grenzsuldaten un anner
Wachlud, ne, nu löppt eine
smucke Rennbahn dörch dat
Dörp. Besten Asphalt. Allens as
in' Westen. Wenn einer dor mit
hunnert Saken dörchneht, denn
blifft sin Auto ümmer noch up de
Fohrbahn. Licht.

Irgendwecke Lüd in Tesdörp
möt dat nich passen. De hebbt
sick nu Schiller besocht. Ok as
in' Westen. Up de sünd twei Kin-
ner upmalt mit einen Spälball, un
dor ünner steiht scheun grot un
dütlich: „Freiwillig 30 wegen
uns“. Dat mit de Schiller hett sick
woll einer utdacht, de dat mit de
Kinner hett. So is dat ja in uns
Gesellschaft. De eine hett dat mit
de Kinner, dorför giff dat denn
ok noch irgendwecke Autoplaket-
ten, mit de hei dat för un vör je-
deinenen dütlich maken kann, de
anner hett dat mit de Utlänner, ok
dorför giff dat Plaketten, un
denn kann man dat noch mit de
Indianers, de Insel Rügen, oder
wat anners grad an is hebben.

Mit de Vagels un Poggen kann
man dat hebben. Ok sonne Ort
Lüd giff dat in Tesdörp. Is ja in
momentan. Disse Lüd hebbt ün-
ner dat eine Schild mit de Kinner
un denn Ball, up dat von de Zar-
rentiner Siet her, ein anner Schild
fast makt. Up dat Schild sünd ein
por Poggenfräters upmalt, Ade-
bors, un dor mank steiht denn
„Und uns“. Gaud so. Allens
Handarbeit. Wägen dat Gören-
volk un de Adebors.

Un denn giff dat in Tesdörp
noch anners wecke. De hebbt dat
mit Josef. So hebbt se ünner dat
Schild von de Gudower Siet her
ok ein Schild fast makt. Dor is
kein Bild upmalt, ne, dor steiht

blot up: „Und Josef“. As Korl dat
dat ierste mal läst hett, dat wier
üm de Wihnachtstied, dor is em
glicks Maria infüllen. De mit dat
Jesuskind. Wägen Wihnachten. Is
ja woll verständlich.

Annerletzt, up denn Wech nah
Zarrentin, dor hett hei den mal
anhollen in Tesdörp un fragt nah
Josef, wat dat up sick har mit dis-
sen Kierl. Un hett ok ein And-
wurd krägen. Ja, de Josef von
Tesdörp, dat is einen ollen Tes-
dörper, hürt von lütt up an dor
hen. Disse Josef hett ümmer ban-
nig väl Döst, un wenn hei Döst
hett, denn drinkt hei ok. Nich so,
as wi alle, ne, hei öwerdrift dat
denn. Hei drinkt un drinkt un
drinkt, hei ümmer väl. Kann an-
gahn, hei ward dor af un an on-
nich mä bi un leggt sick denn
dor henn, wo hei äben noch so
äben un äben stahn hett. Un wenn
dat up de niege Hauptstraat is.
Kann ok angahn, dat is Josefen
sin Stammliegeplatz. Kann an-
gahn, hei is dor siet Johrenden
liggen gahn, un nu, nah de Wen-
de, mit de niege Straat, nu paßt
dat nich mihr so recht.

Doch wat will einer dorbi ma-
ken. Sonn' Josef hett grad so sine
fasten Gewohnheiten as dat Rot-
wild. Dat hett ok sine fasten Wes-
sel un Instände. Ob Autobahnen
bugt ward oder nich. Dor möten
wi uns mit affinnen. Un wenn
niege Straaten bugt ward, denn

maken sick de Straatenbugers
väle Gedanken doröwer, wo dat
mit dat Rotwild werden sall.
Hebbt se sick mit Josef nich
makt.

Bi uns in't Dörp heit de Josef
Willi, woanners heit hei Hein
oder Hans. Hütigendags sünd dat
dörchweg Mannslüd. Nu, wo dat
mit de Emanzipatschon so recht
in de Gang is, werden de bald ok
Maria, Leni un Gretchen heiten.
Ok Regine un Yvonne. Awer: Wo
is dat einmal schön, wenn disse
Josefs in't Dörp grad so dortau
hürt as de Kinner, de Adebors un
Poggen, de Aanten, Hunn, Katten
un Kaninken. Un ok unse Ollen.
Wenn dat Dörp Biotop för alle is.
Un wenn ok in unse Köpp Platz
för alle is. Denn deit dat nich
mihr nötig mit Schiller ünner
Schiller, un de ein führt dörcht
wägen de Kinner, de anner wägen
de Poggen, de anner wägen Josef.
Denn gellt wedder öwerall de
ganz normale § 1 von de Straaten-
verkehrsordnung.

Doch de Josefs, tau de sick mit
de Tied ok de Marias taugesellen
ward, de schüllt later mal eins
sammeln gahn un de Tesdörper
ein Denkmal setten laten. Denn
wer denkt anners schon an disse
meist gauden Lüd, de ja ok unse
Bräuder un Schwestern sünd, un
grad so Äbenbiller Goddes as wi.

Korl Bäk

Forum

Die alte Grenze - ein Limes Germanicus?

Gedanken bei einer Fahrt an der ehemaligen Grenze zwischen Lübeck und Lauenburg

Wer als historisch interessierter
Mensch zwischen Hessen und der
Donau unterwegs ist, macht sich
gern auf die Suche nach Resten des
Limes, der alten römischen Grenz-
befestigung, die das Römische
Weltreich von Germanien abgren-
zen sollte. Ein Wall oder ein Grab-
ben zieht sich plötzlich ganz un-
motiviert durch den Wald, erklär-
bar nur durch die Feststellung,
„hier war zur Zeit der alten Römer
einmal eine Grenze!“

Die innerdeutsche Grenze hat
vor nun etwa dreieinhalb Jahren
ihre Bedeutung verloren, und noch
sind ihre Reste überall deutlich
sichtbar. Vielleicht wird man in
späterer Zeit auch nur noch Spuren
davon entdecken, und nur der
Kundige erkennt an der veränderten
Vegetation, an Betonresten
oder dem unerklärlichen Verlauf ir-
gendeines Grabens: „Hier war ein-
mal eine Grenze!“

Wie sieht es an der dieser ehe-
maligen Grenze heute aus? Eine
breite Schneise zieht sich durch
das Land. Sie zeichnet etwas
schwerfällig den eigentlichen
Grenzverlauf nach, größtenteils
immer noch von dem lochplatten-
belegten Kolonnenweg begleitet,
von mehr oder weniger „gut“ er-
haltenen Resten des Metallgitter-
Gartenzaunes gefolgt.

Doch jeder kennt auch ein paar
markantere Einzelheiten: Die alte
und neue Elbbrücke bei Dömitz;
die halbzerstörte Grenzabferti-
gungsstelle an der Autobahn bei
Gudow/Zarrentin; das fehlende
(aber inzwischen nachgepflanzte)
Stück Allee bei Mustin zwischen
Gadebusch und Ratzeburg; die
entgitterten Bahnhöfe von Herrn-
burg oder Schwanheide.

Viele kennen auch das Aha-Er-
lebnis, wenn sie der verwirrend ge-
führten Umgehungsstraße von
Schlutup bei Lübeck zunächst auf
der alten Grenzschnieße gefolgt
sind, und dann nach etlichen Ma-
len rechtwinkligen Abbiegens und
ebenso vielen roten Ampeln
schließlich feststellen: „Ach hier
bin ich jetzt!“ Viele kennen den
Wachturm am Strand von Tra-
vemünde-Priwall oder einen der
vielen anderen Wachtürme, zer-
stört oder mit neuer Aufgabe und
neuer Farbe versehen.

Doch selbst auf dem Satelliten-
bild ist die Grenze zu erkennen:
Handtuchkleine, patchworkgemus-
terte Felder auf der einen, riesige
bettlakenartige Flächen auf der an-
deren Seite, und dazwischen ein
heller Streifen, nicht rot gestrichelt
wie im Atlas, aber doch so vegeta-
tionsarm, daß man weiß, diese
blaßbraune Linie ist die Grenze.

Vor den Zeiten der Grenzschei-
dung 1961 genügte noch ein einfa-
cher Stacheldrahtzaun und ein ge-
pflügter Grenzstreifen, dazu auf
westlicher Seite Schilder wie
„Halt, hier Zonengrenze!“ oder
„Selbstbestimmung für alle Deut-
schen!“ oder „Auch drüben leben
Deutsche!“ Auch drüben leben
Deutsche? Man konnte es sich als
junger Mensch, der es nicht anders
kannte, kaum vorstellen, daß es
hinter dem Zaun noch weiterging.
War hier doch scheinbar die Welt
zu Ende, sozusagen „mit Brettern
zugenagelt“. Wegweiser wie
„Schwerin 50 km“ oder „Gade-
busch 25 km“ am Marktplatz von
Ratzeburg hielten gerade noch die
Namen dieser Städte in Erinne-
rung, aber daß dort Menschen
wohnten, war doch ein recht theo-
retischer Gedanke.

Später war dann die Grenze per-
fekt befestigt. Die Schilder „Halt
hier Zonengrenze!“ wurden ausge-
tauscht gegen „Halt! Hier Gren-
ze!“, die auf Sichtweite zueinander
standen. Selbst das sumpfige Ufer
der Wakenitz zwischen Lübeck
und dem Ratzeburger See und die
Grenzbojen im Schaalsee waren
mit diesen Schildern versehen. In-
formationstafeln, Aussichtspunkte
und Schauräume wurden einge-
richtet, hier konnte man sich über
die Entstehung der Grenze und
über ihren Aufbau informieren.

Schulklassen konnten einen Be-
amten des Bundesgrenzschutzes
bitten, mit ihnen eine Grenzbe-
gehung zu machen und bekamen
anschließend Fragen beantwortet.
„Haben Sie schon mal erlebt, daß

einer 'rübergekommen ist?' oder
„wie oft haben Sie Ihre Waffe
schon gebraucht?“, das waren Fra-
gen, die immer wieder gestellt
wurden, die aber zeigten, wie alles
im Theoretischen stecken blieb
und, daß die Anteilnahme mit den
direkt betroffenen Menschen fehl-
te. Den Kommissar des Tatort hät-
te man kaum anders befragt, doch
da hätte man wenigstens seine
konkreten Fälle gekannt.

Ja, und dann konnte man plötz-
lich die Grenze und ihren Auf- und
Ausbau selbst kennenlernen. Da
war ja gar nicht nur der Zaun, den
man immer gesehen hatte, da wa-
ren ja über große Strecken zwei
Zäune, mal eng nebeneinander,
mal weit auseinander laufend. Und
am Schaalsee gab es sogar ein
Stück leibhaftiger Berliner Mauer,
- allerdings unbemalt und daher
wohl für Mauersepechte uninteres-
sant. Und dort waren die Hun-
delaufanlagen. Und so sah ein
Kraftfahrzeuggraben aus. Vermut-



lich wäre er vom Westen aus mit
etwas Schwung zu nehmen gewe-
sen, aber man sollte wohl eher
vom Osten aus drin stecken blei-
ben? Und Wachtürme, - mehrere
Bautypen! Waren sie wohl heiz-
bar? War unten eine Arrestzelle
für geschnappte Grenzgänger?
War ihre Lage immer strategisch
günstig gewählt? Und der Kolon-
nenweg, - sicher war er mit dem
Trabi-Geländewagen ganz gut zu
befahren, mit dem Fahrrad auf je-
den Fall nicht.

Eine zeitlang geisterte sogar die
Idee durch die Presse, den Kolon-
nenweg zwischen der Ostsee und
der tschechischen Grenze komplett
zu erhalten und ihn zum Deutsch-
landwanderweg Ostsee-Vogtland
zu erklären? Wer wäre dort wohl
gewandert? Und mit welchen Ge-
danken? Aber auch ohne dort zu
wandern, konnte einem ja manches
durch den Kopf gehen, sah man
hier doch plötzlich etwas direkt
vor sich, von dem man jahrzehnte-
lang nur gehört hatte. Und ange-
sichts all der „Grenztechnik“
konnte man schnell die Menschen
vergessen, die unter dieser Grenze
zu leiden hatten, die nicht hin- und
herüber durften oder die versuch-
ten, die Grenze gewaltsam zu
überwinden und oft genug dabei
scheiterten. Vieles von dem, was
immer nur Theorie geblieben war,
war jetzt im Original zu sehen:
Drüben wohnen ja wirklich Deut-
sche! Schwerin und Gadebusch
waren ja tatsächlich mehr als nur
Namen, - es waren richtige Städte!
Und der Grenzzaun war tatsäch-
lich noch stabiler gebaut, als ver-
mutet. Er ging sogar einen halben
Meter tief in die Erde!

Hier konnte man Theorie und
lang gehegte Vorstellungen mit
der Wirklichkeit (oder den Rest
davon) vergleichen, - ein interes-
santes Erlebnis. Ein Erlebnis, das
wir sonst nur auf Reisen haben.
Doch hier ist keine Reise in eine
andere Landschaft erforderlich,
hier ist es vor allem eine Reise in
die Vergangenheit. Vielleicht ist
diese Reise Zeit unseres Lebens
nicht beendet, denn die auffällig
sichtbaren Spuren der Grenze wer-
den zwar verschwinden, die feine-
ren werden verwischen, doch man-
ches wird Bestand haben.

Ein Limes Germanicus, von dem
Rest vielleicht auch über Jahrhun-
derte erhalten bleiben? Sie werden
Interessierten mitteilen, „hier war
einmal eine Grenze!“ (siehe oben)
- Und irgendwann fangen Histori-
ker und Archäologen an, sich um
noch verbliebene Reste zu küm-
mern. Werden wir das noch miter-
leben...? **Klaus Holst**

MA
beißt
an ...

Café Prag Schloßstraße, Schwerin

Wenn der Besucher Schwe-
rins sich satt gesehen hat an
Schloß und Dom und all den
feinen Baustellen um Schloß
und Dom, dann kommt ihm
die Ahnung: Das wird mal ein
ganz respektables Landes-
hauptstädtchen. Vom Pflaster-
treten und Staunen müde,
sucht er vielleicht nach einem
Flecken, an dem ihm auch ein
paar Eingeborene begegnen.
In der Schloßstraße fast vis a
vis der Staatskanzlei im Café
Prag findet er Schweriner Sze-
ne. Dies Café bietet Atmos-
phäre von der angenehmen
Art. Es hat sich nicht erst her-
ausputzen müssen als neue
Zeiten anbrachen, es hat eine
gute Schweriner Tradition.
Natürlich hatte es auch finste-
re Zeiten erlebt und es drohte
eine Kaschemme zu werden,
doch das ist lange her. Es hat
auch jene DDR-spezifische
„Sie werden plazierte“-Phase
erlebt. All das ist vergessen.

Jetzt sitzen hier Kaffee-
oder Capucino-Trinker in Ge-
spräche vertieft neben älteren
Herrschaften, die jeden Tag
kommen; Teenies, die alles
hier ganz geil finden und Be-
amte, die sich den Staub run-
terspülen müssen; Geschäfts-
leute, die über Abschlüsse laut
schwadronieren und ver-
blühende Damen, die Hoff-
nung auf die Bekanntschaft
nicht aufgeben wollen.
Freundliche Bedienung, die
einen nicht nervt, weil man
nicht schnell genug oder nicht
viel genug bestellt, die schon
mal auf sich warten läßt, wenn
man bezahlen möchte. Der
Kuchen schmeckt akzeptabel,
es fehlt an Originellem - was
bik man in Mecklenburg?

Ein Café halt, wie überall.
Ambiente: gut
Bedienung: gut
Küche: ?

C. Doose



Positive Neuigkeiten aus
dem Reich der Wirtschaft ge-
fällig? Die sogenannten Ne-
benbetriebe der Bundesauto-
bahnen, organisiert in der
gleichnamigen Gesellschaft,
verzeichnen jedenfalls unge-
brochenen Boom. Merkwür-
dig, wie hungrig Autofahren
macht, - wo immer man zwi-
schen Hamburg-Stillhorn und
Bad Bellingen anhält, man
stößt auf kauende, mümmeln-
de, sückelnde und schlürfende
Menschen zuhauf. Ganz Hart-
gesottene bleiben sogar über
Nacht.

Und fast jeder raunt fast je-
dem zu, daß man besonders

gut daran tut, da rauszufah-
ren, wo die meisten LKW's ste-
hen, obwohl doch die sinnli-
che Erfahrung ungezählter
Menschen erwiesen hat, daß
genau dort die übelsten Klop-
se verabreicht werden.
Currywurst mit Pommes Fri-
tes! Wiener Schnitzel mit ir-
gendwas! Bauernfrühstück!
Oder eine dieser steinharten,
kalten Buletten! Das sind doch
Ereignisse im Menschenleben,
mit deren Folgen die
homöopathische Medizin in
Jahrzehnten nicht mehr fertig
wird! Und trotzdem weitest man
jede dritte Pinkel-Pause im-
mer wieder zur gastronomi-
schen Katastrophe aus.

Neulich hab' ich in der Rast-
stätte Baden-Baden einen El-
sässer Wurstsalat gegessen,
von dem war mir schlecht bis
Genua, obwohl ich mich schon
auf dem letzten Stück Rand-
streifen vor der Einfahrt in
den Gotthard-Tunnel überge-
ben mußte. Trotzdem nagt in
mir die flaue Gewißheit, dem
Baden-Badener Raststätten-
Schild spätestens bei
übernächster Gelegenheit
nicht widerstehen zu können.
Es gibt eben Irrtümer, die sich
zu Lebens-Gewohnheiten aus-
wachsen. Die Nebenbetriebe
der Bundesautobahnen ver-
dienen nicht schlecht daran.

m. w.

Mein wunderbarer Alltag

Schon dreimal zog in diesem Jahr
hier in Vorpommern Sturmwind über
die Wälder und über die Dünen. In die
Alleen sind Breschen geschlagen. Am
Stamm weggesplitterte Bäume liegen
in den Wäldern. Vor jedem Haus tür-
men sich die gleichen weggeworfenen
DDR-Herrlichkeiten: Waschmaschi-
nen der Marke WM 66 nebst Schleu-
der, Kohleherde, Betten, riesige Säcke
mit Kleidern, und vor jedem Haus ein
altes Fahrrad der Marke MIFA.



Udo Knapp

Bauinsan an der Promenade hat das
Bauplanungsamt des Kreises aus
nicht nachvollziehbaren Gründen den
Denkmalschutz für eine 100 Jahre alte
Pension aufgehoben. Eine Woche
dauerte der Abriß. Jetzt fällt das Licht
von der Ostsee her schmerzhaft durch
die Lücke in der Häuserzeile. Kopf-

über liegt bei Ückeritz ein ausgebrann-
ter Trabi im Wald, ein anderer dient als
Kundenfang für ein „Deutsches Haus“.
Auf der Straße sind die Trabis schon
die Ausnahme geworden.

Abbruchzeiten, Umbruchzeiten -
Wendzeiten, die sind glücklich.
Nichts und niemand macht Halt vor ir-
gend etwas. Alles, was war, ver-

schwindet unter einer dichten Decke
von neuen Möbeln, neuen Autos und
gekonntem Verstummen. Was noch
vor drei Jahren Alltag der Menschen
hier war, ist heute nur noch sentimen-
tale Anekdote. Ein hoher Ex-NVA-Of-
fizier erzählt stolz von seinen langen
Dienstnächten auf dem einzigen Bom-
benabwurfplatz der DDR direkt vor
dem Strand in Peenemünde. Kann
nur, wer vergißt, weiter leben? Aber
wer zu schnell vergißt, wird auch nie
klüger werden. Muß einer denn immer
klüger werden? Es reicht doch, wenn
ein paar faule Bäume umstürzen und
der Müll von gestern weggeräumt
wird. Bleibt der Alltag gestern wie heu-
te und übermorgen vielleicht immer
der gleiche, und soll der Satz gelten,
daß alles möglich bleibt und nichts
niemals nicht wiederkommt?

Reise

Im Zeichen von Schneekristall und Sonne

Garmisch-Partenkirchen - der Olympiaort unter der Zugspitze

Den Alltag für einige Tage hinter sich lassen und im Herzen der bayerischen Alpen entspannen, das war das Ziel einer Fahrt in die herrliche Alpenregion - nach Garmisch-Partenkirchen.

Viele Wege führen ins Werdenfelser Land: Per Auto, Zug oder über den Münchner Flughafen mit einem eigens dafür eingerichteten Transferservice. Umweltbewusste lassen natürlich ihren Wagen daheim und nutzen das spezielle Angebot „Mobil mit der Bahn“.

Olympiaort und Wintersportmetropole, Tagungsort und Ausflugszentrum, heilklimatischer Kurort, sowie Heimatort und Festspielplatz von Richard Strauss ist dieser unumstrittene Mittelpunkt des Werdenfelser Landes; nur etwa eine Bahnstunde von München entfernt.

Das kleine Paradies unter weißblauem Himmel ist ein „Naturtalent“ in Sachen Urlaub und Freizeit. Ursprüngliches Bayern, wo man Land, Leute, alte Bräuche und die sprichwörtliche Gemütlichkeit in überwältigender Urwüchsigkeit kennenlernen kann.

Bereits ein erster Spaziergang durch den Ort offenbart die einzigartige Atmosphäre bayerischen Lebens. Beeindruckend auch die über Jahrhunderte gepflegte Kunst der Lüftmalerei in ihrer Vielfalt und als Ausdruck des Stolz der Bürger. Kaum ein Haus, keine Straßenschilder ohne diese Fassadengemälde an den Wänden.

Zum internationalen Treffpunkt wurde Garmisch-Partenkirchen

durch seine weltweite Anziehungskraft als Olympiaort und Deutschlands Wintersportmetropole. Hier trifft sich die Elite beim Sport und zu Kongressen, hier be-

Tiere und Pflanzen beobachten, die Seele baumeln lassen - das ist Urlaub und bringt Erholung und Entspannung.

Auch Nachtschwärmer kommen

spielen, das alles und vieles mehr an Abwechslungen findet man hier am Fuße der Zugspitze. Alles in allem: Aktive Erholung zu jeder Jahreszeit, für jedes Alter und in allen

Facetten. Auch für die Abenteuerlustigen hat der Ort etwas parat: Wildwasser-Rafting, Klettern an gefrorenen Wasserfällen und Mountainbike-Touren auf dafür vorgesehenen Wegen. Unter den familienfreundlichen Ski-gebieten liegt Garmisch-Partenkirchen vorn. Übrigens ist die Zugspitze das einzige deutsche Gletscher-Skigebiet!

Garmisch-Partenkirchen gehört zu der Gemeinschaft der klassischen und traditionsreichen Bergferienorte der Alpen, in deren Bestreben die Erhaltung der Natur, die Pflege bodenständiger Kultur und das Angebot individueller Urlaubsqualität liegt.

Man muß kein professioneller Bergsteiger sein, um die schönsten Aussichtspunkte und sonnigen Plateaus auf Zugspitze, Alpsee, Hausberg, Wank, Eckbauer usw. zu genießen, denn Garmisch-Partenkirchen ist mit seinen 12 Bergbahnen bestens ausgerüstet. Im Winter sind zusätzlich 42 Ski- und Sessellifte in Betrieb, und die neue supermoderne Zugspitze-Gletscher-Seilbahn verbindet die Bergstation der Zahnradbahn am Tunnelende

Zugspitzplatt mit der Gipfel-Station der Eibsee-Seilbahn ohne den Umweg über das Schneefarnhaus. Gemütliche Berggasthöfe laden hier zur Einkehr ein.

Pures Eisvergnügen nahezu das ganze Jahr über bietet das neue Olympia-Eissport-Zentrum. Auch eines der schönsten und größten Erlebnisbäder Deutschlands liegt zwischen Olympia-Eissport-Zentrum und dem Hausberg, ein Wasserparadies mit über 200 qm Schwimmfläche im Innen- und Außenbereich, umgeben von herrlicher Gebirgslandschaft. Mittelpunkt der „weißen Monate“ ist der „Winterkurpark“ mit Bad und Eisstadion, dem beliebten Wellenbad und einem Hot-Whirl-Pool mit 38 Grad Celsius.

Gastfreundschaft hat hier ebenso Tradition wie Herzlichkeit. Und, da ausgiebige Wanderungen und vor allem die reine Bergluft bekanntlich hungrig machen, lohnt sich hier besonders eine kulinarische Entdeckungsreise. Sie kann bei Bauernbrot mit Speck in einer Berghütte oder auch bei einer fangfrischen Renke im First-Class Restaurant enden. Ob ein köstliches Frischgezapftes oder ein gepflegtes Glas Wein - ob Fünf-Sterne-Hotel oder uriger bayerischer Gasthof: Gastlichkeit ist ein von Generation zu Generation vererbtes Prinzip.

Eine persönliche attraktive Kurkarte bietet jedem Urlaubs- oder Kurgast von Garmisch Partenkir-



Gipfelstürmer

chen interessante Vergünstigungen während des Aufenthalts, z.B.:

- freie Fahrten mit allen Omnibussen,

- einmaliger freier Eintritt ins Alpstiz-Wellenbad, zum Tanz, zu Kurkonzerten und einer kostenlosen Trinkkurprobe, zum Besuch des Spielkasinos

- und ermäßigten Eintritt u.a. ins Kino, ins Olympia-Eissport-Zentrum, ins Theater und vieles mehr.

Darüberhinaus besteht auch Versicherungsschutz bei Unfall.

Haben Sie Ihren nächsten Urlaub schon geplant? Garmisch-Partenkirchen im Werdenfelser Land ist zu jeder Jahreszeit schön und eine Reise wert.

G. Endreß

Der Rufer in der Wüste – Badr und seine Kunst

Mitten in der Libyschen Wüste, hunderte von Kilometern vom Nil entfernt, da liegt die Oase Farafrä. 1500 Menschen leben in kühlen Lehmbauten weitab von Kairo, der Hektik, dem Großstadtmief, dem Ellenbogengesetz. Hier in Farafrä ist die Welt noch in Ordnung und dreht sich nach islamischen Gesetzen. Dattel- und Olivenhaine werden von einer heißen Quelle gespeist (in der auch nur die Männer baden dürfen). Esel werden durch die staubigen Gassen getrieben und alte Männer mit zerfurchten Gesichtern spielen im Sand ein Spiel mit Kieselsteinen. Die Kinder sind bunt gekleidet, meistens ärmlich und abgerissen aber neugierig wie überall auf der Welt. Nichts hätte mich weniger verwundert, wenn an jenem Morgen in dieser zeitlosen Ruhe, die heilige Familie mit einem Eselkarren um die Ecke gebogen wäre. An diesem Morgen also, als ich in der

Als ich dann am Abend Abdel Moghny Aly Badrs Reich betrete, aus 22 000 selbstgebrannten Ziegeln errichtet, da empfängt mich ein Mozartkonzert in der Wüstenfeste. Badr sitzt in seinem Atelier und pinselt an einem Bürgermeister herum. Der 35jährige ist voller verrückter Ideen, einer unbändigen Phantasie und wildem Schaffensdrang.

Im ersten Raum, „der Raum meiner Träume“, überfallen mich dann auch gleich metaphorische Alpträume in Öl und Ton. Da fliegen entwurzelte Bäume durch die Mondlichtwüste, steinerne Erosionsspitzen werden zu schrecklichen Fratzen und eine schreiende Meute totenbleicher Frauen will aus dem Bild ausbrechen. Eine angekettete Hand reckt sich nach einer Taube hinter Gittern. Daneben ein Baumstumpf, hohl und uralte, zu seinen Wurzeln ein Säugling, auf der anderen Seite entsteht ein alter



Wüstenrestaurant in der Oase Farafrä

und er erzählt von sich, daß er verheiratet ist und zwei Kinder hat. Seine Eltern sind ganz normale Leute, der Vater hat die sechsköpfige Familie als Fahrer und Bauer ernährt. Er, der Älteste ist Lehrer

geworden und hat also auch einen anständigen Beruf. Jetzt aber sieht er seine Hauptarbeit in der Malerei. Vorrangig arbeitet er mit Aquarellfarben aber auch mit Öl auf Leinwand oder Holz, was sich

eben bietet und Farafrä hat nun mal keinen Künstlerbedarf. Badr mögen aber auch die Leute von Farafrä und brauchen ihn im Ort. Die vielen Malereien an den Hauswänden stammen vornehmlich aus Badrs Feder. Außerdem bringt Badrs Museum Tourismus, wenn die „Rolling Hotel“-Busse hier halten, dann stürmen die 30-Minuten-Gäste auch Badrs Galerie und kaufen auch mal ein Stück, so zwischen 80 und 100 DM.

Aber noch ist der Rundgang nicht zu Ende, denn im ersten Stock gibt es noch ein Heimatmuseum mit ausgestopften Vögeln, eingewickelten Schlangen und Originalfallen. Hinter dem Museum selbst hat Badr noch ein Freilichtmuseum eingerichtet: Eine nackte Fischerin aus Holz zieht einen verdächtig langen Fisch aus dem

Sandmeer und der Bürgermeister steckt seinen mannslangen Penis in den heißen Wüstensand, daneben einer, der bis zum Hals im Boden steckt, der zu ertrinken droht. Farafrä ist streng islamisch und Badrs Grienien entnehme ich, daß er mit solcher Freizügigkeit auch schon Ärger bekommen hat. No comment. Die großen Figuren sind aus natürlichen Stoffen zusammengesetzt. Alte Wurzeln, Fruchtstände der Dattelpalmen oder Palmenstämme sind das wichtigste Material.

Vor Badr ist nichts sicher. Und er hat noch andere Objekte und Projekte. Badr ist offensichtlich der einzige, der zu wenig Zeit in Farafrä hat. Dabei hat Farafrä von diesem kostbaren Stoff so viel, wie kaum ein anderer Ort auf der Erde... A.M.H.



Der Künstler Badr

Fotos: A. M. Haase

Morgenfrische zur Männerquelle laufe, frage ich gleich bei Saads Restaurant nach einem richtigen Wüstenleckerbissen für den Abend, vielleicht Bohnen oder gar ein paar Eier an Stelle des ewigen Ziegenkäses und des Fladenbrotes. Und tatsächlich soll es nach Sonnenuntergang Eier geben und leckeren Bohnenmus. Ich komme mit einem Mann ins Gespräch, der sogar etwas Deutsch spricht. Er ist Maler, sagt er mir, und kommt im nächsten Sommer in die Bundesrepublik, um eine Ausstellung zu machen. Für heute Nachmittag aber lädt er mich in sein Museum ein, dort unten an der Schule...

Mann dem „Baum des Lebens“.

Die alten Leute liebt er und überhaupt die Leute aus Farafrä und genau so kann man dann auch Badr in seinen Skulpturen erleben. Das ist sein eigentliches Thema. In den Ausstellungsräumen sitzen sie herum, die Farafräer und sind mit irgendwelchen Dingen beschäftigt, eine Schreibfeder in der Hand, einen Bohrer aus Holz, Wasserkrüge schleppend, Siebe mit Getreide vor sich und ein betender Moslem, das Gesicht vor Inbrunst im Sand vergraben und den Hintern aufgerichtet. Badr macht das mit Liebe aber auch mit Ironie.

So laufen wir durch die Räume

LN
DRUCK

Die Offsetdruckerei,
die Beratung und Service
großschreibt.

Duftdruck und Holografie kennen wir.

Modernste Technik in den Bereichen
Satz, Repro, Buchbinderei, Druck und Versand

Unser Außendienst besucht Sie gern.

LN-Druck
Herrenholz 10-12
2400 Lübeck I
Telefon (04 51) 144 17 11
Fax (04 51) 144 10 28

SABINE